



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

41. Jahrgang

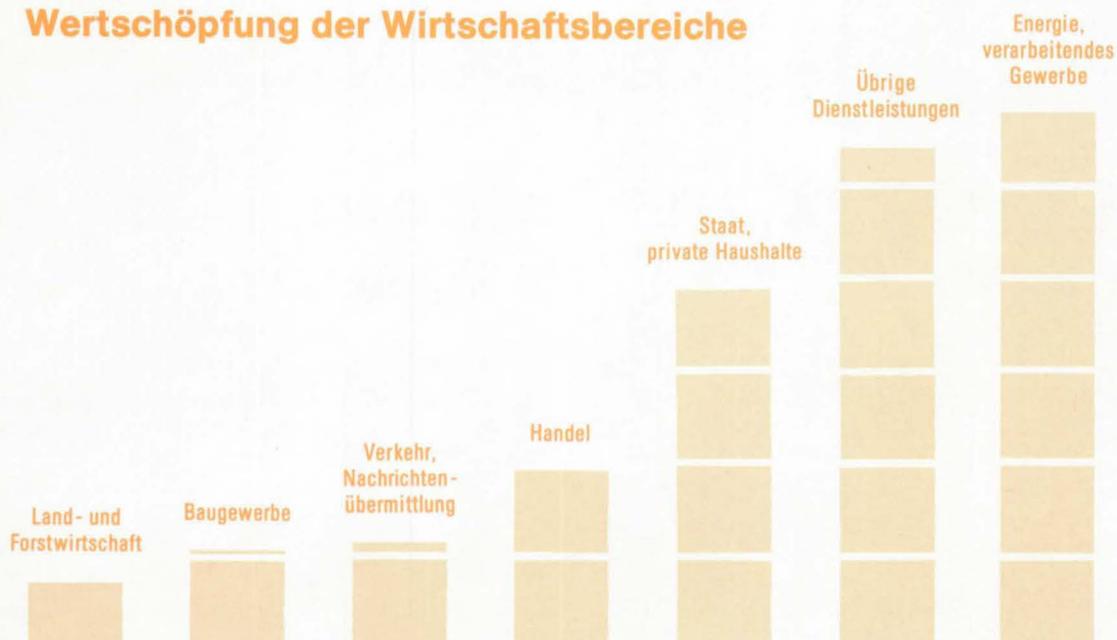
Heft 5

Mai 1989

- Grafik des Monats: Landeshaushalt 1989
- Aufsätze: Das Wetter 1988  
Rechtskräftig Abgeurteilte 1987  
Wohnraum und Privathaushalte 1987
- Kurzbericht: Bruttoinlandsprodukt 1988
- Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel

## Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
<b>Verarbeitendes Gewerbe <sup>1</sup></b>					
		<b>März 1989</b>		<b>Januar bis März 1989</b>	
Beschäftigte	1 000	167	+ 2,6	167	+ 2,7
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	- 6,4	15	- 0,9
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	582	+ 5,5	572	+ 6,4
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 420	+ 7,3	3 144	+ 5,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 624	+ 5,5	2 369	+ 6,5
Auslandsumsatz	Mill. DM	796	+ 13,8	775	+ 3,9
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 103	+ 8,4	2 072	+ 4,5
aus dem Inland	Mill. DM	1 357	+ 3,4	1 358	+ 8,3
aus dem Ausland	Mill. DM	746	+ 18,9	715	- 2,0
Energieverbrauch	1 000 t SKE			207	- 1,2
<b>Bauhauptgewerbe <sup>2</sup></b>					
		<b>Februar 1989</b>		<b>Januar bis Februar 1989</b>	
Beschäftigte	1 000	36	- 0,2	36	- 0,7
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	3	+ 16,8	3	+ 16,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	84	+ 13,6	87	+ 12,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	238	+ 14,8	239	+ 19,1
Auftragseingang <sup>3</sup>	Mill. DM	146	- 18,5	145	- 6,9
<b>Baugenehmigungen <sup>4</sup></b>					
		<b>März 1989</b>		<b>Januar bis März 1989</b>	
Wohnbau	Wohnungen	647	+ 18,3	473	- 0,8
Nichtwohnbau	1 000 m <sup>3</sup> umbauter Raum	369	+ 12,8	316	- 11,0
<b>Einzelhandel</b>					
		<b>Februar 1989</b>		<b>Januar bis Februar 1989</b>	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	96,0	+ 2,5	95,9	+ 4,0
<b>Gastgewerbe</b>					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 $\hat{=}$ 100	69,2	- 2,2	70,3	- 1,3
<b>Fremdenverkehr <sup>5</sup></b>					
Ankünfte	1 000	p 118	p + 6,8	p 108	p + 7,5
Übernachtungen	1 000	p 419	p + 0,0	p 406	p + 3,7
<b>Arbeitsmarkt</b>					
		<b>März 1989</b>		<b>Januar bis März 1989</b>	
Arbeitslose	Anzahl	110 318	- 6,3	116 072	- 5,3
<b>Außenhandel</b>					
		<b>Februar 1989</b>		<b>Januar bis Februar 1989</b>	
Ausfuhr	Mill. DM	...	...	...	...
<b>Kredite <sup>6</sup></b>					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 610	+ 0,5	8 529	- 0,8
mittel- und langfristige Kredite <sup>7</sup>	Mill. DM	50 348	+ 2,8	50 267	+ 2,6

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

# Das Wetter 1988

Nach Quellen des Deutschen Wetterdienstes,  
Wetteramt Schleswig

Das Wetter des vergangenen Jahres — insbesondere der Sommer — ist Urlaubern wie Schulkindern, Campnern wie Freiluftsportlern, Eisläufern wie Wandervögeln gleichermaßen in vorwiegend schlechter Erinnerung. Es fiel in Schleswig-Holstein zu mild, zu niederschlagsreich und wiederum zu sonnenscheinarm aus.

Die Sonne schien 1 423 Stunden, im arithmetischen Mittel je Kalendertag also nicht ganz vier Stunden. Der langjährige Durchschnittswert (1951 bis 1980) ist 1 650 Stunden pro Jahr oder 4,5 Stunden pro Tag. Schon 1987, als es 1 335 Stunden gewesen waren, hatten die Schleswig-Holsteiner Anlaß gehabt, über zu wenig Sonne zu klagen.

Die hier genannten Zahlen sind Durchschnittswerte fürs Land. Die regionale Verteilung der Sonnenhäufigkeit ist in der Grafik dargestellt, die gleichsam wie die Höhenlinienkarte eines Gebirges zu interpretieren ist. Die höchste Sonnenscheindauer des Landes hat der Deutsche Wetterdienst in List auf Sylt mit immerhin fast 1 600 Stunden, in Marienleuchte auf Fehmarn mit 1 587 Stunden und auf Helgoland mit 1 548 Stunden Sonnenschein festgestellt. Erst dann folgt mit Timmendorfer Strand ein Meßpunkt auf dem Festland. Dort in der Lübecker Bucht konnten sich Einheimische und Urlaub-

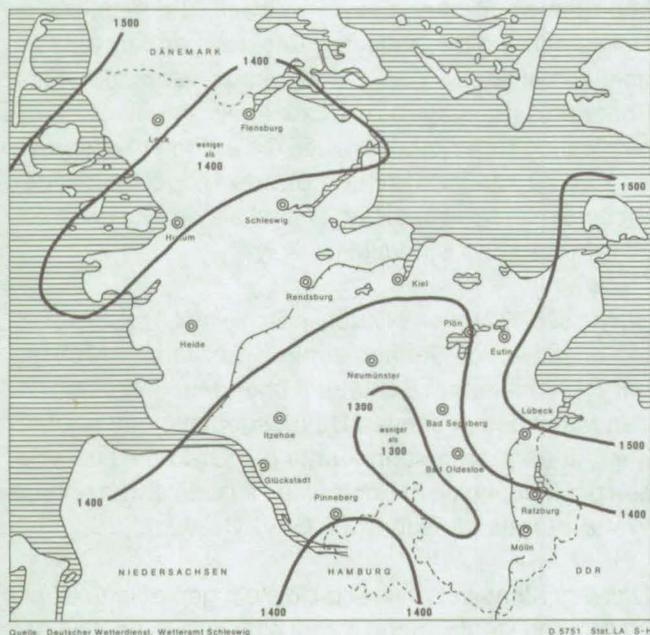
ber immerhin noch 1 514 Stunden einer lachenden Sonne erfreuen. Die geringste Sonnenscheindauer wurde im Raum nördlich und nordöstlich von Hamburg mit rund 1 300 Stunden registriert.

Die Temperatur betrug im Jahresmittel und auch im Durchschnitt des Landes genau 9 Grad Celsius. Das ist trotz der geringeren Zahl an Sonnenstunden deutlich mehr als im langjährigen Mittel (8,2 Grad Celsius) und vor allem auf die sehr milden Wintermonate zurückzuführen. Im Jahresmittel 1987 waren sogar nur 7,2 °C erreicht worden.

Der Januar 1988 war mit durchschnittlich 4,2 °C deutlich wärmer als das Januarmittel 1951 bis 1980, das mit 0,3 °C nur knapp über dem Gefrierpunkt liegt. Der Januar 1987 war mit - 4,4 °C sogar empfindlich kalt gewesen. Auch im Februar und im März 1988 gab es höhere Temperaturen als langfristig zu dieser Zeit üblich, und auch der Dezember brachte mit durchschnittlich + 4,5 °C ungewöhnlich milde Witterung. In den Wintermonaten Januar, Februar und Dezember fiel 1988 kein Schnee. Der kälteste Monat des Jahres war der März.

Im April entsprach die Temperatur in etwa dem langfristigen Durchschnitt für diesen Monat. An fünf bis zehn Tagen, überwiegend gegen Monatsende, gab es Frost. Im Mai übertrafen die Temperaturen, die Sonnenschein-

Linien gleicher Sonnenschein-Dauer 1988  
in Stunden



Witterungsdaten in Schleswig-Holstein (Landesdurchschnitt)

Monat	Temperatur (D) in °C		Niederschlag in mm		Sonnenschein in Stunden	
	D 1951 bis 1980	1988	D 1951 bis 1980	1988	D 1951 bis 1980	1988
Januar	0,3	4,2	60	119	43	25
Februar	0,3	3,0	41	89	63	47
März	2,7	2,9	43	96	117	91
April	6,5	6,9	46	16	173	189
Mai	11,1	12,9	51	54	232	264
Juni	15,0	15,1	62	51	249	147
Juli	16,2	16,4	80	122	222	155
August	16,1	15,7	88	51	209	183
September	13,3	13,4	75	98	158	129
Oktober	9,4	8,8	68	86	101	84
November	4,9	4,4	78	49	47	73
Dezember	2,1	4,5	71	(77)	36	36
<b>Jahr</b>	<b>8,2</b>	<b>9,0</b>	<b>763</b>	<b>909</b>	<b>1 650</b>	<b>1 423</b>

Quelle: Deutscher Wetterdienst, Wetteramt Schleswig

dauer, aber auch die Niederschlagsmengen die Vergleichswerte. Vom 6. bis 16. Mai fiel kein Niederschlag. Der Mai 1988 war mit 264 Stunden der mit weitem Abstand sonnenreichste Monat. Dennoch trat noch am 19. Mai örtlich Bodenfrost auf.

Die Monate Juni und Juli waren bei durchschnittlichem Temperaturverlauf ausgesprochen sonnenscheinarm. Im Juli fielen über den ganzen Monat verteilt hohe Regenmengen. Der August war bei insgesamt geringem Niederschlag, der im wesentlichen im letzten Monatsdrittel fiel, etwas kühl und arm an Sonnenschein. Der Juli war saisonüblich mit durchschnittlich 16,4 °C der wärmste Monat des Jahres. Er lag — wie der Juni — in den Temperaturen sogar etwas über dem langfristigen Monatsmittel.

In den Monaten September und Oktober regnete es überdurchschnittlich stark. Während der September noch recht warm war, gingen die Temperaturen im Oktober zurück, so daß es am Ende des Monats sogar zu leichtem Schneefall kam. Auch der November war noch etwas kälter als üblich, dafür aber viel sonnenreicher als sonst.

Die höchste Tagestemperatur des vergangenen Jahres wurde am 9. August in Grambek im Kreis Hzgt. Lauenburg mit 28,5 °C gemessen. Am kältesten war es ebenfalls im Südosten des Landes, und zwar im November: In Grambek sank die Quecksilbersäule in der Nacht zum 22. auf - 10,8 °C und in Lübeck-Blankensee unmittelbar über einer dünnen Schneedecke auf - 15,4 °C ab.

Die Anzahl der Frosttage lag an den Küsten zwischen 30 und 50 (Vorjahr 80 bis 90) und im Binnenland zwischen 60 und 75 (Vorjahr 90 bis 100). Dauerfrost herrschte an den Küsten sowie im Norden des Landes nur an ein bis drei Tagen, in der Mitte und im Süden an vier bis sechs Tagen; im Vorjahr waren es bis zu 35 Tage gewesen.

Im verregneten Sommer 1988 gab es auf den nordfriesischen Inseln nicht einen einzigen Tag, den der Deutsche Wetterdienst nach seinem Kriterium (mindestens 25 Grad Celsius) als Sommertag bezeichnet hätte. Immerhin deren 15, die höchste Zahl im Lande, erlebten die südöstlichen Landesteile.

Im Landesdurchschnitt fielen 1988 in Schleswig-Holstein 909 mm Niederschlag, 83 mm mehr als im Jahr zuvor und 146 mm oder fast ein Fünftel mehr als im langfristigen Mittel. Die größten Mengen fielen in der Landesmitte, etwa im Raum Hohenwestedt, in Heide

Linien gleicher Niederschlagsmengen 1988 in Millimetern



Quelle: Deutscher Wetterdienst, Wetteramt Schleswig

D 5762 Stat. LA. 5/18

und in Medelby nahe der Grenze zu Dänemark. Die geringsten Niederschläge gab es an der Ostsee bei Schönberg und Lütjenburg und auf Fehmarn.

Daß der vergangene Sommer in so schlechter Erinnerung ist, liegt vor allem daran, daß ausgerechnet der Ferienmonat Juli in Regenmenge und Sonnenschein besonders stark vom langjährigen Mittel abwich. Der Juli war 1988 sogar der regenreichste Monat, er brachte mit 122 mm Niederschlag fast doppelt so viel wie im langjährigen arithmetischen Mittel aller zwölf Monate des Jahres.

Von Interesse mag sein, inwieweit die Schleswig-Holsteiner und die Besucher unseres Landes 1988 einem schlechteren Wetter ausgesetzt waren als in der übrigen Bundesrepublik. Dazu seien aus einer Veröffentlichung des Wetterdienstes die arithmetischen Mittel der 79 Meßorte in der Bundesrepublik, die der Wetterdienst einzeln bietet, einmal als repräsentativ für Bund und Land unterstellt:

Sechs der 79 Meßorte liegen in Schleswig-Holstein. Deren Mittelwert an Sonnenstunden des Jahres 1988 lag mit 1 493 immerhin 8 Stunden über dem entsprechenden Mittel des gesamten Bundesgebiets, und auch in der mittleren Jahrestemperatur (9,1 Grad Celsius) wiesen die Meßpunkte in Schleswig-Holstein etwas höhere Werte auf als im Bund (8,7 Grad Celsius).

Daß das Klima in Schleswig-Holstein gemäßigter ist als im übrigen Deutschland, prägt sich darin aus, daß der

Mittelwert der Jahresspitztemperatur in den sechs Orten des Landes mit 25,7 °C deutlich geringer war als der aller 79 Orte des Bundesgebietes (29,4 Grad Celsius) und auch das Pendant, die niedrigste Temperatur im Lande, mit - 6,0 °C näher am Nullpunkt der Skala lag als im Bund (- 10,3 Grad Celsius). So zählte man auch in Schleswig-Holstein nur 18 „heitere“ und 145 „trübe“ Tage. Im Bund waren es durchschnittlich zwar 21 heitere, aber auch 172 trübe Tage.

In den sechs in der Veröffentlichung des Wetteramtes ausgewählten Meßorten des Landes — das sind Lübeck, Kiel, Schleswig, List auf Sylt, Schwesing bei Husum und Helgoland — fielen 1988 durchschnittlich 916 mm Niederschlag, fast 100 mm weniger als im Durchschnitt aller 79 Meßorte der Bundesrepublik. Das Wetter in Schleswig-Holstein war, übers Jahr gesehen, also gar nicht einmal schlechter, sondern sogar besser als im Bundesdurchschnitt, wenn man als Kriterium für die Güte des Wetters Sonnenschein, Regen und Temperatur heranzieht. Allerdings ist unser Land bekannt für frischen Wind, zumindest im nicht übertragenen Sinne: 1988 gab es — wiederum im Durchschnitt der sechs Meßorte — 89 Tage, an denen die im Zehnminutentakt durchgeführten Windmessungen eine ta-

gesmittelte Windstärke von 6 oder mehr ergaben. Der entsprechende Bundesdurchschnitt lag bei nur 52 solcher Tage.

Ob das Wetter gut ist oder nicht, betrachtet der Landwirt aus anderem Blickwinkel als der Urlauber. Für die Vegetation war 1988 beileibe kein schlechtes Jahr. Sie setzte im zeitigen Frühjahr ein, dieser Wachstumsvorsprung hielt bis zu den einzelnen Ernteabschnitten an. Im April waren die Böden soweit abgetrocknet gewesen, daß die Felder rechtzeitig bestellt werden konnten. Nach der Trockenperiode im Mai bot die feucht-warme Witterung im Juni und im Juli optimale Wachstumsbedingungen. Das Getreide und die Ölfrüchte konnten früh reifen. Auch für den Aufwuchs der Futterpflanzen waren die lange Vegetationszeit und der ausgeglichene Temperaturverlauf günstig. Bis auf einzelne frühe Arten, die unter der Trockenheit im Mai litten, entwickelte sich auch das Gemüse bis in den Spätherbst hinein gut. Die Obstgehölze erlitten keine Frostschäden am Holz. Spätfröste während der Blüte und Hagelschauer schädigten aber den Fruchtansatz in den Obstanlagen der Elbmarsch. Die Fruchtausbildung verlief sehr günstig.

*Bernd Struck*

## Rechtskräftig Abgeurteilte 1987

Von den schleswig-holsteinischen Gerichten wurden im Laufe des Jahres 1987 nicht ganz 37 000 Personen wegen einer Straftat rechtskräftig abgeurteilt. Verurteilt wurden 30 557 Angeklagte. In 17 % der Fälle erging somit eine andere Entscheidung: 1 224mal lautete das Urteil auf Freispruch, 5 092mal wurde das Verfahren eingestellt oder von Strafe abgesehen, in 14 Fällen selbständig oder neben Freispruch oder nach Einstellung auf Maßregeln der Besserung und Sicherung erkannt.

Sechs Siebtel der Verurteilten waren männlichen Geschlechts, 1 954 Verurteilte waren Jugendliche, 3 664 Heranwachsende und 24 939 Erwachsene. Da 25 163 Angeklagte nach allgemeinem Strafrecht und 5 394 nach Jugendstrafrecht verurteilt wurden, bedeutet dies, daß 224 Heranwachsende im Alter von 18 bis unter 21 Jahren als Erwachsene verurteilt wurden und 3 440 wie Jugendliche.

Jede dritte Verurteilung erfolgte wegen einer Straftat im Straßenverkehr, davon 9 113 nach dem Strafgesetz-

buch (StGB), 1 137 nach dem Straßenverkehrsgesetz (StVG). 81 % der Straftaten im Straßenverkehr nach dem StGB wurden in Trunkenheit begangen. Durch 5 359 der 7 337 Trunkenheitsdelikte entstand aber weder ein Personen- noch ein Sachschaden. Unter den Straftaten, die sich gegen Bestimmungen des StVG

### Verurteilte nach der strafbaren Handlung

Zahlen in ( ): § des StGB

<b>Straftaten im Straßenverkehr</b>	<b>10 300</b>
darunter	
Flucht nach Verkehrsunfall (142)	1 524
Trunkenheit des Fahrzeugführers im Verkehr ohne Fremdschaden (316)	5 359
Straftaten nach dem StVG	1 187
<b>Straftaten außerhalb des Straßenverkehrs</b>	<b>20 257</b>
darunter	
Körperverletzung (223 - 230)	1 673
Diebstahl und Unterschlagung (242 - 248c)	8 411
Betrug und Untreue (263 - 266)	2 980
Straftaten gegen andere Bundesgesetze als das StGB	3 492
<b>Straftaten insgesamt</b>	<b>30 557</b>

richteten, ragen die 991 Verstöße des Führens eines Kraftfahrzeugs ohne Fahrerlaubnis oder trotz Fahrverbots hervor. 171 weitere Personen wurden verurteilt, die einen anderen, der keine Fahrerlaubnis besaß oder gegen den ein Fahrverbot ausgesprochen war, ein Fahrzeug führen ließen.

Die etwas über 20 000 Verurteilungen wegen einer Straftat außerhalb des Straßenverkehrs verteilen sich sehr ungleichmäßig auf die 29 Abschnitte des Strafgesetzbuches. Allein 8 411 Personen, mehr als vier Zehntel, wurden wegen Diebstahls und Unterschlagung verurteilt, weitere 2 980 oder 15 % wegen Betrugs und Untreue. Nochmals 1 101 oder 5 % der Verurteilungen entfallen zusammen auf Raub, Erpressung, Begünstigung, Hehlerei und Urkundenfälschung. Aus den Straftaten gegen den Menschen ragt die Körperverletzung mit 1 673 Verurteilungen heraus.

21 034 der 25 163 nach allgemeinem Strafrecht Verurteilten erhielten als schwerste Strafe eine Geldstrafe, 4 049 Personen eine Freiheitsstrafe und die restlichen 80 Strafverurteilungen. Da die Freiheitsstrafe in 2 904 Fällen und Strafverurteilung in 74 Fällen zur Bewährung ausgesetzt wurde, mußten nur 1 151 Verurteilte die Strafe auch antreten. Relativ häufig wurde eine Geldstrafe für Straftaten im Straßenverkehr ausgesprochen, nämlich in 92 % aller solcher Verurteilungen. Von den Urteilen für Straftaten außerhalb des Straßenverkehrs lauteten 79 % auf eine Geldstrafe.

Die Geldstrafe wird in Tagessätzen verhängt. Die Zahl der Tagessätze richtet sich nach den Strafzumessungsrichtlinien, die Höhe der Tagessätze nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Täters. Die Geldstrafe beträgt mindestens 5 Tagessätze und geht nur selten über 360 Tagessätze hinaus. Drei Zehntel der Verurteilten erhielten eine Geldstrafe von nur 5 bis 15 Tagessätzen, vier weitere Zehntel eine von 16 bis 30 Tagessätzen, nur rund 400 Personen Geldstrafen mit mehr als 90 Tagessätzen. Von den wegen Diebstahls und Unterschlagung zu einer Geldstrafe verurteilten 4 710 Personen kamen über die Hälfte mit 5 bis 15 Tagessätzen davon. Bei den Straftaten im Straßenverkehr lautete das Urteil im Falle einer Geldstrafe dagegen nur in 11 % aller 8 257 Fälle auf 5 bis 15 Tagessätze.

Die Tagessätze wurden am häufigsten auf 20 bis 50 DM festgesetzt: In 54 % aller auf eine Geldstrafe lautenden Urteile war dies der Fall. Das gilt besonders für die Straftaten im Straßenverkehr, bei denen der Anteil sogar 67 % betrug. Sätze bis einschließlich 10 DM wurden nur in 12 % aller Fälle festgelegt. Bei den Urteilen

#### Nach allgemeinem Strafrecht Verurteilte nach Art und Maß der Hauptstrafe

Art und Maß der Hauptstrafe	Verurteilte	Davon für Straftaten ...	
		im Straßenverkehr	außerhalb des Straßenverkehrs
<b>Geldstrafe</b>	<b>21 034</b>	<b>8 257</b>	<b>12 777</b>
<b>Zahl der Tagessätze</b>			
5 - 15	6 262	872	5 390
16 - 30	8 652	4 233	4 419
31 - 90	5 729	3 081	2 648
91 - 180	357	70	287
181 - 360	31	-	31
mehr als 360	3	1	2
<b>Höhe der Tagessätze in DM<sup>1</sup></b>			
bis einschl. 10	2 592	292	2 300
mehr als 10 - 20	5 405	1 426	3 979
20 - 50	11 323	5 529	5 794
50 - 100	1 605	955	650
mehr als 100	106	54	52
<b>Freiheitsstrafe</b>	<b>4 049</b>	<b>758</b>	<b>3 291</b>
unter 6 Mon.	1 826	477	1 349
6 - 9 Mon.	1 103	202	901
mehr als 9 Mon. - 1 Jahr	506	58	448
1 Jahr - 2 Jahre	418	19	399
2 Jahre - 5 Jahre	163	2	161
5 Jahre - 15 Jahre	31	-	31
lebenslang	2	-	2
<b>Strafverurteilung</b>	<b>80</b>	<b>-</b>	<b>80</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>25 163</b>	<b>9 015</b>	<b>16 148</b>

1) ohne die 3 Fälle mit mehr als 360 Tagessätzen

wegen eines Diebstahls oder einer Unterschlagung wurden dagegen 23 % aller Tagessätze auf höchstens 10 DM festgelegt.

Nach den Vorschriften des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) wurden 1 954 Jugendliche und 3 440 Heranwachsende, zusammen also 5 394 Personen verurteilt. 444 erhielten Erziehungsmaßregeln, 4 300 Zuchtmittel und 650 Jugendstrafe als schwerste Strafe. Die Maßnahmen können auch nebeneinander angeordnet werden. 2 029 der 5 394 Verurteilten wurden daher Erziehungsmaßregeln auferlegt, das sind 38 %.

Von den drei im JGG genannten Erziehungsmaßregeln besitzen nur die Weisungen zahlenmäßige Bedeutung. 2 016 von 2 036 Erziehungsmaßregeln waren Weisungen zur Lebensführung des Jugendlichen und Heranwachsenden. Die nächstschwere Maßnahme, das Zuchtmittel, wurde 5 999mal verhängt: 2 880mal, also fast in der Hälfte der Fälle, sprach der Richter eine Ver-

warnung aus, wodurch dem Jugendlichen das Unrecht der Tat eindringlich vorgehalten wurde. 1 815mal wurden Auflagen nach § 15 JGG erteilt. Überwiegend handelte es sich um die Zahlung eines Geldbetrages zugunsten einer gemeinnützigen Einrichtung. 1 304mal wurde Jugendarrest angeordnet: 757mal als Freizeitarrrest, 98mal als Kurzarrest, d. h. bis höchstens 6 Tage, und 449mal als Dauerarrest, der zwischen einer und vier Wochen betragen kann.

650 Jugendliche und Heranwachsende erhielten eine Jugendstrafe, die schwerste Ahndung nach dem JGG. Sie wird für eine Zeit von 6 Monaten bis zu maximal 10 Jahren verhängt. 644mal wurde die Zeitdauer vom Richter bestimmt, 6mal eine Jugendstrafe von unbestimmter Dauer ausgesprochen. Bis zu einem Jahr wurden 404 Jugendliche und Heranwachsende verurteilt, 193 erhielten eine Strafe von ein bis zwei Jahren. Nur 47 wurden zu einer höheren Strafe als zwei Jahre verurteilt. Die Strafe wurde jedoch in 57 % aller Fälle zur Bewährung ausgesetzt.

Die Richter können auch Nebenstrafen und -folgen, Maßregeln der Besserung und Sicherung und andere Maßnahmen verhängen. Als einzige Nebenstrafe sieht das StGB das Fahrverbot vor. Ein solches Verbot wurde 553mal verhängt, 88mal für einen Monat, 86mal für mehr als einen bis zu zwei Monaten und 379mal für mehr als zwei bis zu drei Monaten. 10 der Verurteilten waren Jugendliche, 88 Heranwachsende und 443 Erwachsene.

Gegen 7 661 der 36 889 Abgeurteilten wurden Maßregeln der Besserung und Sicherung angeordnet, fast in jedem Fall neben einer Strafe, Zuchtmitteln oder Erziehungsmaßregeln. Allein 7 627mal wurde vom Gericht die Fahrerlaubnis entzogen, in der Regel bis einschließlich von zwei Jahren. 1 354 Angeklagten wurde der Führerschein für die Mindestzeit von sechs Monaten entzogen, 6 273 Personen für die Zeit von mehr als sechs Monaten. In ein psychiatrisches Krankenhaus oder eine Entziehungsanstalt wurden 27 Erwachsene und drei Heranwachsende eingewiesen, der Führungsaufsicht unterstellt sieben Erwachsene und ein Heranwachsender. Berufsverbot erhielten zwei Erwachsene.

Die vom Gesetz vorgesehenen Nebenfolgen — Verlust der Amtsfähigkeit, der Wählbarkeit oder des Stimmrechts — traten nicht ein einziges Mal ein. Von beiden im StGB neben den Maßregeln der Besserung und Sicherung genannten „Maßnahmen“ Verfall und Einziehung ist nur die Einziehung von Bedeutung. 233mal wurde die Einziehung von Gegenständen, die durch eine vorsätzliche Straftat hervorgebracht oder die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen waren, gegenüber Erwachsenen, 34mal gegenüber Heranwachsenden und 12mal gegenüber Jugendlichen angeordnet.

*Gustav Thissen*

## **Wohnraum und Privathaushalte zur Volkszählung 1987**

Knapp 20 Jahre nach der letzten Erhebung 1968 fand 1987 zusammen mit der Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählung wieder eine Gebäude- und Wohnungszählung statt. Der vorliegende Aufsatz informiert über die für Schleswig-Holstein ermittelten vorläufigen Eckdaten sowie über ausgewählte Resultate zur Struktur des Wohnungsbestandes. Darüber hinaus wird ausführlich auf Zahl und Struktur der Privathaushalte eingegangen, also auf die Nachfrager nach Wohnungen. Am Aufsatzende wird versucht, Aussagen über die Wohnungsversorgung der Haushalte abzuleiten.

Neben der Analyse der Ergebnisse von 1987 steht gleichrangig der Vergleich mit den Zählungen 1968 bzw. 1970. Die Darstellung erfolgt nahezu ausschließ-

lich auf Landesebene. Die zur Erhebung 1987 erscheinenden statistischen Berichte werden regional tiefer gegliederte Ergebnisse enthalten.

### **Gebäude**

Im Sprachgebrauch ist nicht eindeutig, was ein Gebäude oder Haus ist. Beim „Reihenhaus“ ist unstrittig, daß nur eine Scheibe des Baukomplexes gemeint ist, beim „Doppelhaus“ meint man wohl trotz des Singulars die Einheit beider Hälften. Für die Gebäudestatistik gilt:

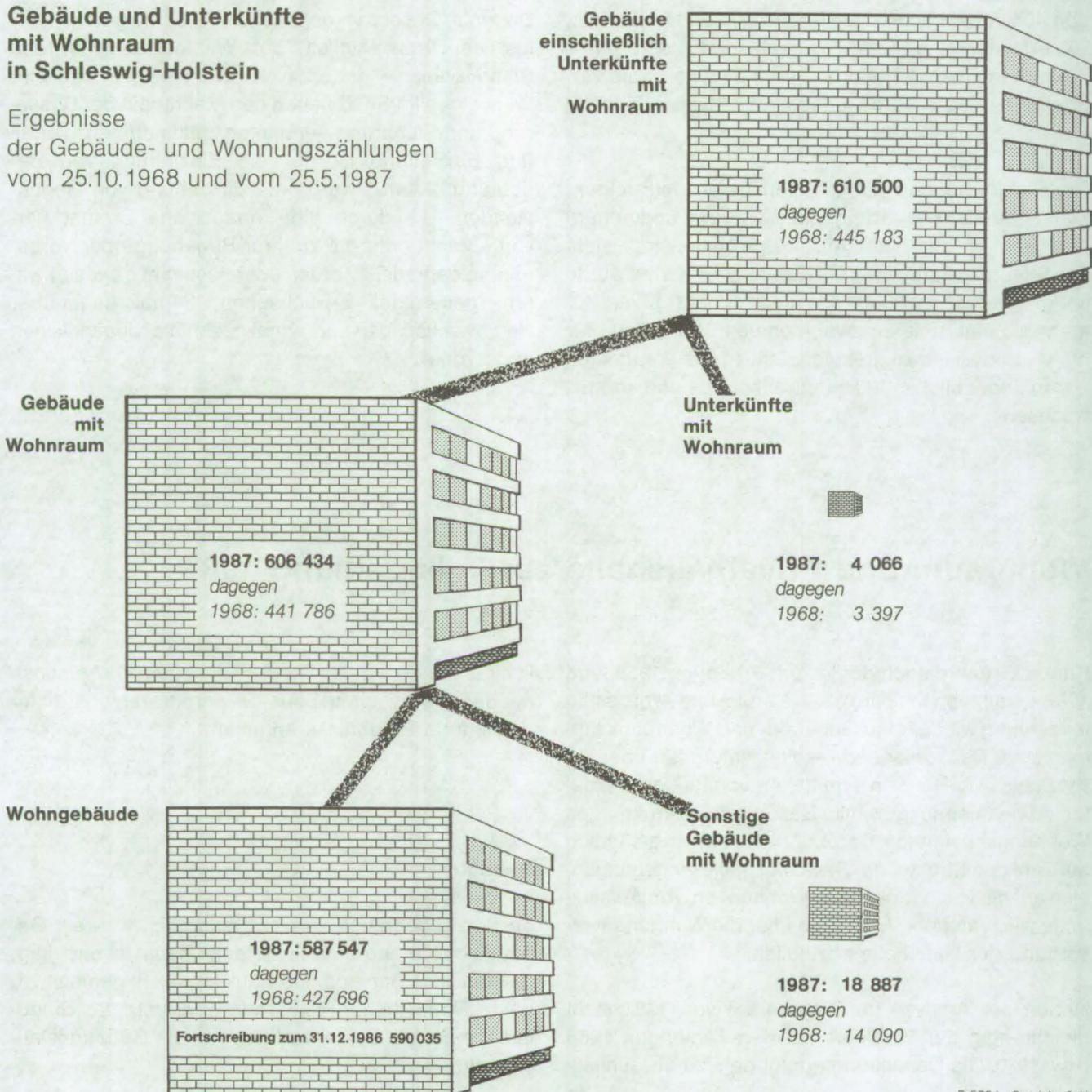
Ein Gebäude ist jedes für längere Dauer errichtete Bauwerk, das frei steht oder durch eine vom Dach bis zum Keller reichende Brandmauer von anderen Bauwerken getrennt ist, also auch das Reihenhaus und die Doppelhaushälfte. Die Gebäude- und Wohnungszählung erfaßte nur Gebäude mit Wohnraum. Ausgehend von der Verwendung der Gesamtnutzfläche werden sie den Wohngebäuden oder den sonstigen Gebäuden mit Wohnraum zugerechnet. Gebäude, die mindestens zur Hälfte Wohnzwecken dienen, zählen zu den Wohngebäuden. Werden dagegen Gebäude überwiegend für Nichtwohnzwecke genutzt (z. B. für gewerbliche, kulturelle und Verwaltungszwecke) und enthalten sie mindestens eine Wohneinheit, gehören sie zu den sonstigen Gebäuden mit Wohnraum.

Unterkünfte gelten nicht als Gebäude. Bei ihnen handelt es sich um behelfsmäßige Bauten zur vorübergehenden Nutzung (z. B. Baracken, Wohnwagen und Lauben). Für Unterkünfte wurden nur dann Angaben erhoben, wenn sie zum Zeitpunkt der Zählung bewohnt waren. Wohnwagen und Lauben wurden nur dann gezählt, wenn sie für die Bewohner die einzige Wohnstätte darstellen.

Am Stichtag 25. Mai 1987 betrug die Gesamtzahl aller Gebäude einschließlich Unterkünfte mit Wohnraum 611 000, 37 % mehr als bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968. Im einzelnen erhöhte sich die Zahl der Wohngebäude um 37 % auf 588 000 und stieg die Zahl der sonstigen Gebäude mit Wohnraum auf 19 000,

### Gebäude und Unterkünfte mit Wohnraum in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen vom 25.10.1968 und vom 25.5.1987



# Berichtigung

zu Monatsheft 5/89

Einige der auf den Seiten 104/105 und 108/109 dargestellten Vergleiche zwischen den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählungen 1968 und 1987 wurden mit definitiv nicht vergleichbaren Zahlen durchgeführt. Ursache ist ein Irrtum in der Zuordnung von Wochenend- und Ferienhäusern mit weniger als 50 qm Wohnfläche bei den Zahlen der Erhebung 1968.

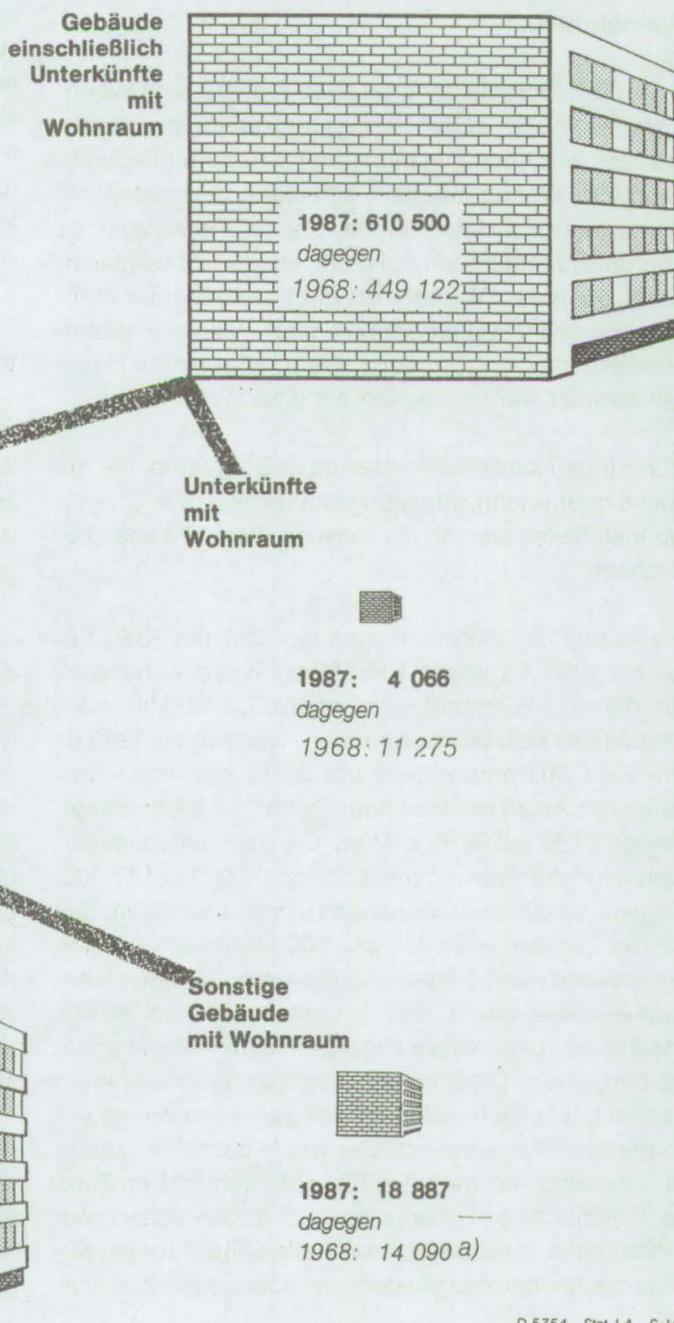
Bitte legen Sie dieses Blatt mit den korrigierten Grafiken und Textpassagen in das o. g. Monatsheft ein.

Am Stichtag 25. Mai 1987 betrug die Gesamtzahl aller Gebäude einschließlich Unterkünfte mit Wohnraum 611 000, 36 % mehr als bei der Gebäude- und Wohnungszählung 1968. Im einzelnen erhöhte sich die Zahl der Wohngebäude um 39 % auf 588 000 und stieg die Zahl der sonstigen Gebäude mit Wohnraum auf 19 000,

## Gebäude und Unterkünfte mit Wohnraum in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen vom 25.10.1968 und vom 25.5.1987

a) Im Gegensatz zu 1987:  
inklusive Wohnheime  
(damals 719)



also um 34 %. Die Zahl der Unterkünfte nahm um fast zwei Drittel auf 4 100 ab. Der Anteil der Wohngebäude an allen Gebäuden und Unterkünften mit Wohnraum beträgt 1987 96 % gegenüber 94 % 1968.

Anders als die Bestände der sonstigen Gebäude mit Wohnraum und der Unterkünfte wird der Wohngebäudebestand jährlich mit den Statistiken der Baufertigstellungen und der Bauabgänge fortgeschrieben. Bis zum Vorliegen des neuen Zählungsergebnisses bildete die 1968 erhobene Zahl die Ausgangsbasis. Das o. g. 87er Ergebnis liegt nur um 2 500 Wohngebäude oder 0,4 % unter der Fortschreibungszahl vom 31. 12. 1986.

### Wohneinheiten

In der Terminologie der amtlichen Statistik sind Wohneinheiten nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte, in der Regel zusammenliegende Räume in Wohngebäuden, sonstigen Gebäuden mit Wohnraum und Unterkünften, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in der Wohneinheit ein Haushalt oder mehrere Haushalte untergebracht sind. Mehrere Wohneinheiten in einem Gebäude, die von nur einem Haushalt genutzt werden, gelten als eine Wohneinheit.

Wohnungen sind Wohneinheiten in Gebäuden, die mit Küche oder Kochnische ausgestattet sind. Die übrigen Wohneinheiten werden als sonstige Wohneinheiten bezeichnet.

Die Anzahl der Wohneinheiten lag 1987 um 33 % höher als 1968. Es waren 1,15 Millionen. Bei nahezu allen diesen Wohneinheiten, nämlich 1,13 Millionen, handelte es sich um Wohnungen. Gegenüber 1968 ist ihre Zahl überproportional um 35 % gestiegen, wodurch der Anteil der Wohnungen an den Wohneinheiten von 97 % auf 98 % anstieg. Die Zahl der sonstigen Wohneinheiten verringerte sich von 26 000 auf 17 000. Bei dem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei der Zählung von 1968 ~~ca. 4 000 Wohneinheiten in Wochenend- und Ferienhäusern unter 50 qm Wohnfläche sowie ca. 1 500 Wohneinheiten in Kellergeschossen~~ generell als sonstige Wohneinheiten erfaßt worden waren. Die Zahl der sonstigen Wohneinheiten ist also tatsächlich nicht so stark gesunken wie es auf den ersten Blick erscheint. Der verbleibende Rückgang ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß im Zuge der Erhöhung des Lebensstandards in den letzten zwei Jahrzehnten sonstige Wohneinheiten entweder mit Küche oder Kochnische ausgestattet oder abgerissen wur-

den. Die in diesem Zeitraum neugebauten Wohneinheiten dürften wohl ausnahmslos auch Küche oder Kochnische haben.

Analog zum Bestand an Wohngebäuden wurde der Wohnungsbestand ausgehend von dem Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben. Wie erwartet ist der 1987 ermittelte tatsächliche Wohnungsbestand kleiner als der zum 31. 12. 1986 ausgewiesene. Die Abweichung beträgt knapp 62 000 Wohnungen oder 5 %. Sie ist ebenso wie bei den Wohngebäuden plausibel, da bei der Fortschreibung der Erfassungsgrad von Zu- und Abgängen unterschiedlich ist. Während der Neubau von Wohngebäuden und Wohnungen in den laufenden Bautätigkeitsstatistiken nahezu komplett erfaßt wird, gilt dies nicht für die Abgänge. Der Abriß von Wohngebäuden und Wohnungen, die Umwidmung von Wohnraum in kommerziell genutzte Räume und Anlagen sowie Zusammenlegungen von Wohnungen werden lediglich teilweise statistisch erfaßt. Bei einer Fortschreibungsdauer von fast 20 Jahren hatten diese Fortschreibungsfehler zur Folge, daß der Bestand überhöht ausgewiesen wurde.

### Wohnungsstruktur

Über die Ermittlung des korrekten Wohngebäude- und Wohnungsbestandes hinaus diente die 87er Erhebung zur Gewinnung von aktuellen Strukturdaten. Die folgenden Ausführungen enthalten einige der ermittelten Ergebnisse zum Wohnungsbestand.

Die Gesamtheit der Wohnungen kann überschneidungsfrei in die Teilmengen bewohnte Wohnungen, Freizeitwohnungen und leerstehende Wohnungen gegliedert werden. Den bei dieser Aufteilung herausragend größten Anteil, nämlich 96 %, stellten natürlich die bewohnten Wohnungen. 1968 hatte ihr Anteil allerdings noch 98 % betragen. Die bewohnten Wohnungen lassen sich weiter unter anderem in Mietwohnungen und Eigentümerwohnungen unterteilen. Ein Zählungsvergleich auf dieser Ebene zeigt, daß der Anteil der Eigentümerwohnungen, also der Wohnungen, die vom Eigentümer eines Gebäudes oder einer Wohnung selbst bewohnt werden, deutlich gestiegen ist. Lag er 1968 noch bei 39 %, so betrug er 1987 schon 44 %.

Freizeitwohnungen, d. h. Wohnungen, die vom Eigentümer oder Mieter primär für Erholungszwecke benutzt werden, gab es 1987 in Schleswig-Holstein 28 000. Im Vergleich zu 1968 bedeutet dies eine drastische Steigerung. Nimmt man als Vergleichszahl die damalige

also um 34 %. Die Zahl der Unterkünfte nahm unterproportional um 20 % auf 4 100 zu. Der Anteil der Wohngebäude an allen Gebäuden und Unterkünften mit Wohnraum beträgt 1987 wie 1968 96 %.

Anders als die Bestände der sonstigen Gebäude mit Wohnraum und der Unterkünfte wird der Wohngebäudebestand jährlich mit den Statistiken der Baufertigstellungen und der Bauabgänge fortgeschrieben. Bis zum Vorliegen des neuen Zählungsergebnisses bildete die 1968 erhobene Zahl die Ausgangsbasis. Das o. g. 87er Ergebnis liegt nur um 2 500 Wohngebäude oder 0,4 % unter der Fortschreibungszahl vom 31. 12. 1986.

### **Wohneinheiten**

In der Terminologie der amtlichen Statistik sind Wohneinheiten nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte, in der Regel zusammenliegende Räume in Wohngebäuden, sonstigen Gebäuden mit Wohnraum und Unterkünften, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen. Hierbei ist es gleichgültig, ob in der Wohneinheit ein Haushalt oder mehrere Haushalte untergebracht sind. Mehrere Wohneinheiten in einem Gebäude, die von nur einem Haushalt genutzt werden, gelten als eine Wohneinheit.

Wohnungen sind Wohneinheiten in Gebäuden, die mit Küche oder Kochnische ausgestattet sind. Die übrigen Wohneinheiten werden als sonstige Wohneinheiten bezeichnet.

Die Anzahl der Wohneinheiten lag 1987 um 33 % höher als 1968. Es waren 1,15 Millionen. Bei nahezu allen diesen Wohneinheiten, nämlich 1,13 Millionen, handelte es sich um Wohnungen. Gegenüber 1968 ist ihre Zahl überproportional um 35 % gestiegen, wodurch der Anteil der Wohnungen an den Wohneinheiten von 97 % auf 98 % anstieg. Die Zahl der sonstigen Wohneinheiten verringerte sich von 26 000 auf 17 000. Bei dem Vergleich ist allerdings zu berücksichtigen, daß bei der Zählung von 1968 ca. 4 000 Wohneinheiten in Wochenend- und Ferienhäusern unter 50 qm Wohnfläche sowie ca. 1 500 Wohneinheiten in Kellergeschossen generell als sonstige Wohneinheiten erfaßt worden waren. Die Zahl der sonstigen Wohneinheiten ist also tatsächlich nicht so stark gesunken wie es auf den ersten Blick erscheint. Der verbleibende Rückgang ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß im Zuge der Erhöhung des Lebensstandards in den letzten zwei Jahrzehnten sonstige Wohneinheiten entweder mit Küche oder Kochnische ausgestattet oder abgerissen wur-

den. Die in diesem Zeitraum neugebauten Wohneinheiten dürften wohl ausnahmslos auch Küche oder Kochnische haben.

Analog zum Bestand an Wohngebäuden wurde der Wohnungsbestand ausgehend von dem Ergebnis der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 fortgeschrieben. Wie erwartet ist der 1987 ermittelte tatsächliche Wohnungsbestand kleiner als der zum 31. 12. 1986 ausgewiesene. Die Abweichung beträgt knapp 62 000 Wohnungen oder 5 %. Sie ist ebenso wie bei den Wohngebäuden plausibel, da bei der Fortschreibung der Erfassungsgrad von Zu- und Abgängen unterschiedlich ist. Während der Neubau von Wohngebäuden und Wohnungen in den laufenden Bautätigkeitsstatistiken nahezu komplett erfaßt wird, gilt dies nicht für die Abgänge. Der Abriß von Wohngebäuden und Wohnungen, die Umwidmung von Wohnraum in kommerziell genutzte Räume und Anlagen sowie Zusammenlegungen von Wohnungen werden lediglich teilweise statistisch erfaßt. Bei einer Fortschreibungsdauer von fast 20 Jahren hatten diese Fortschreibungsfehler zur Folge, daß der Bestand überhöht ausgewiesen wurde.

### **Wohnungsstruktur**

Über die Ermittlung des korrekten Wohngebäude- und Wohnungsbestandes hinaus diente die 87er Erhebung zur Gewinnung von aktuellen Strukturdaten. Die folgenden Ausführungen enthalten einige der ermittelten Ergebnisse zum Wohnungsbestand.

Die Gesamtheit der Wohnungen kann überschneidungsfrei in die Teilmengen bewohnte Wohnungen, Freizeitwohnungen und leerstehende Wohnungen gegliedert werden. Den bei dieser Aufteilung herausragend größten Anteil, nämlich 96 %, stellten natürlich die bewohnten Wohnungen. 1968 hatte ihr Anteil allerdings noch 98 % betragen. Die bewohnten Wohnungen lassen sich weiter unter anderem in Mietwohnungen und Eigentümerwohnungen unterteilen. Ein Zählungsvergleich auf dieser Ebene zeigt, daß der Anteil der Eigentümerwohnungen, also der Wohnungen, die vom Eigentümer eines Gebäudes oder einer Wohnung selbst bewohnt werden, deutlich gestiegen ist. Lag er 1968 noch bei 39 %, so betrug er 1987 schon 44 %.

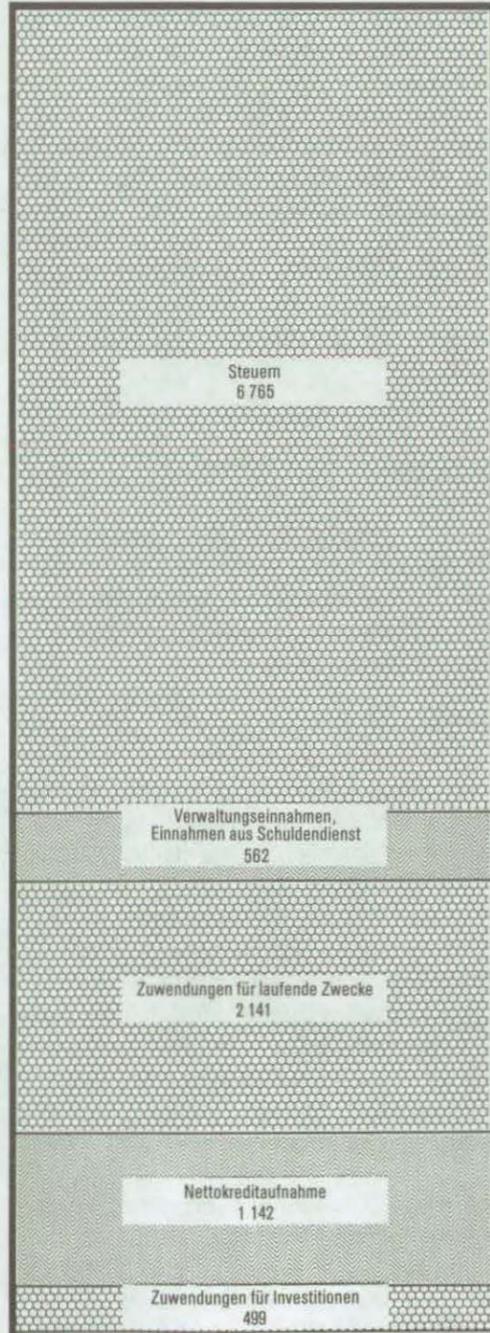
Freizeitwohnungen, d. h. Wohnungen, die vom Eigentümer oder Mieter primär für Erholungszwecke benutzt werden, gab es 1987 in Schleswig-Holstein 28 000. Im Vergleich zu 1968 bedeutet dies eine drastische Steigerung. Nimmt man als Vergleichszahl die damalige



# LANDESHAUSHALT 1989

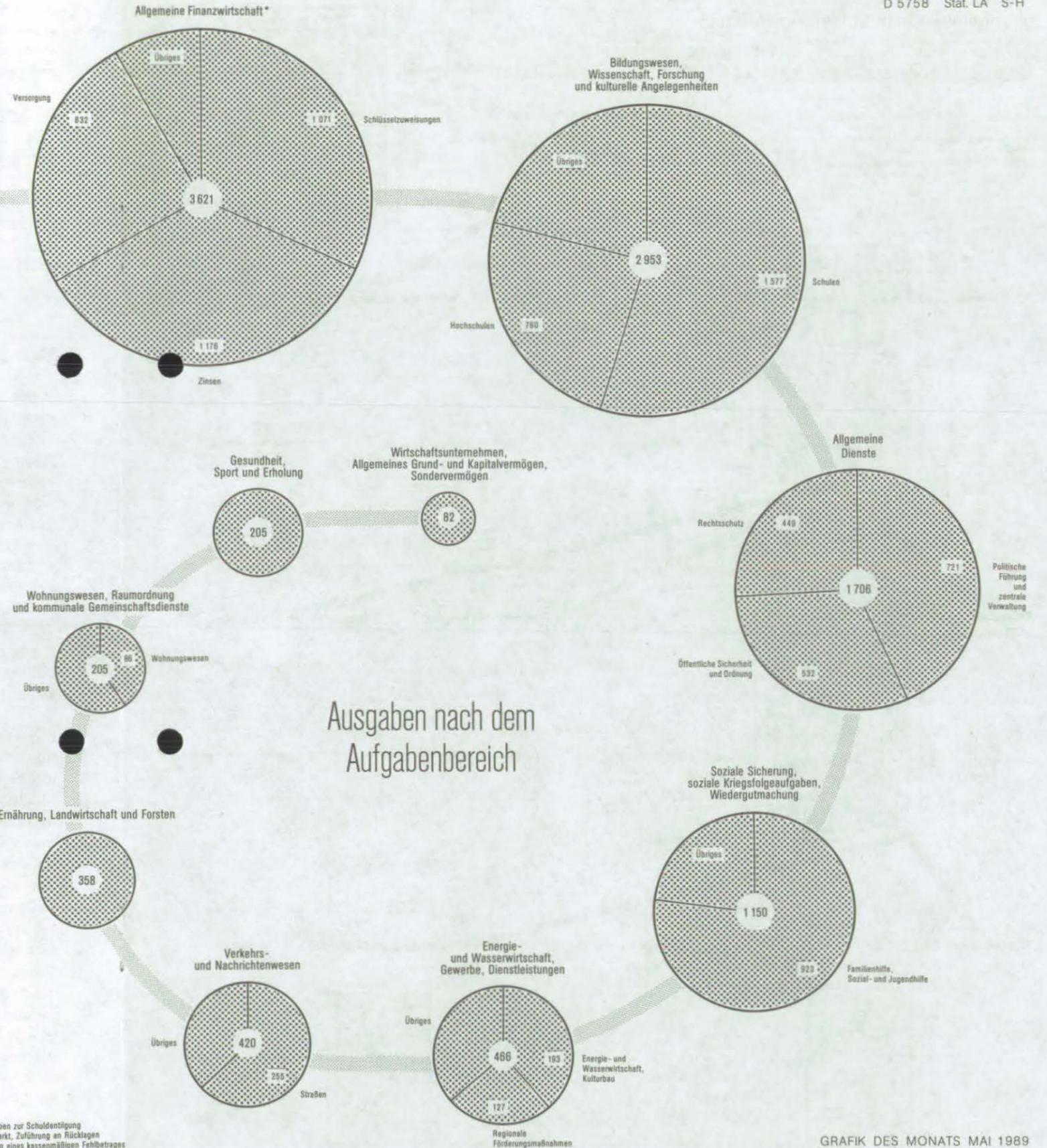
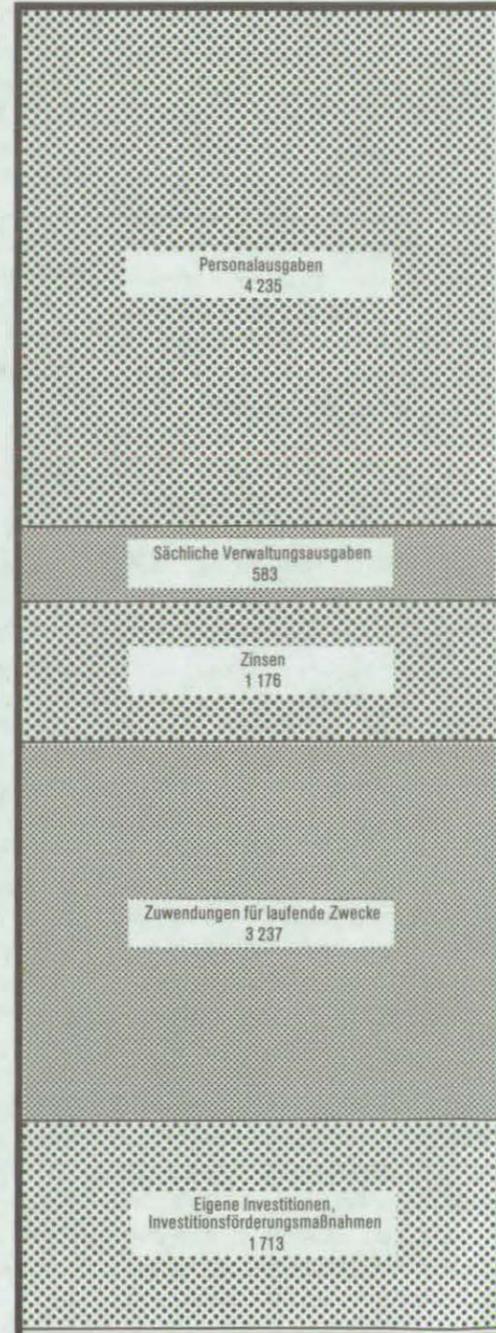
in Millionen DM

## Einnahmen



## Ausgaben\*

11 166

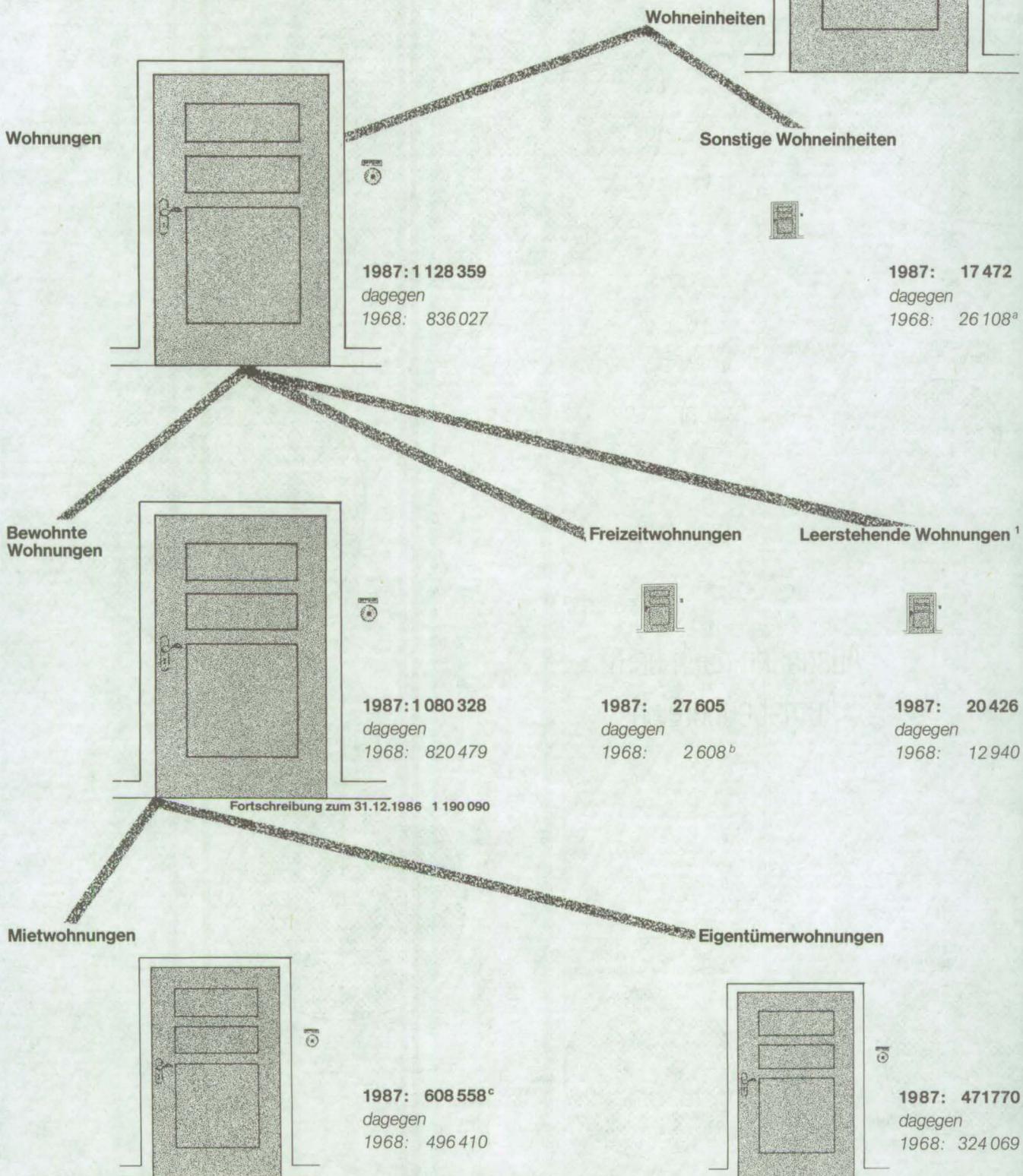


\* ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen und Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages

## Wohneinheiten in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen vom 25.10.1968 und vom 25.5.1987

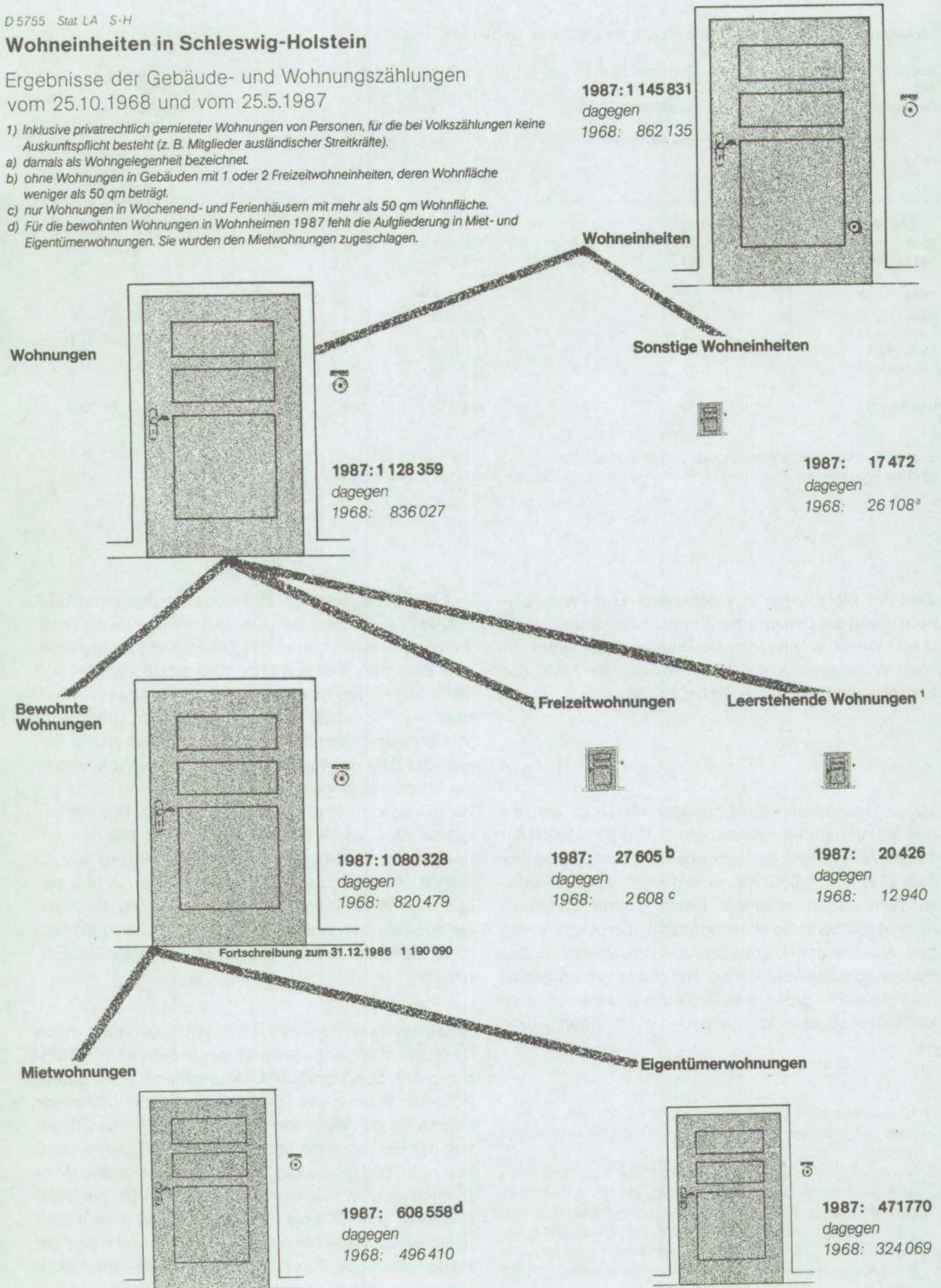
- 1) Inklusive privatrechtlich gemieteter Wohnungen von Personen, für die bei Volkszählungen keine Auskunfts-pflicht besteht (z. B. Mitglieder ausländischer Streitkräfte).  
 a) damals als Wohngelegenheiten bezeichnet.  
 b) nur Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern mit mehr als 50 qm Wohnfläche.  
 c) Für die bewohnten Wohnungen in Wohnheimen 1987 fehlt die Aufgliederung in Miet- und Eigentümer-wohnungen. Sie wurden den Mietwohnungen zugeschlagen.



## Wohneinheiten in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählungen vom 25.10.1968 und vom 25.5.1987

- 1) Inklusive *privatrechtlich gemieteter Wohnungen von Personen, für die bei Volkszählungen keine Auskunftspflicht besteht* (z. B. Mitglieder ausländischer Streitkräfte).
- a) *damals als Wohngelegenheit bezeichnet.*
- b) *ohne Wohnungen in Gebäuden mit 1 oder 2 Freizeitwohneinheiten, deren Wohnfläche weniger als 50 qm beträgt.*
- c) *nur Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern mit mehr als 50 qm Wohnfläche.*
- d) *Für die bewohnten Wohnungen in Wohnheimen 1987 fehlt die Aufgliederung in Miet- und Eigentümerwohnungen. Sie wurden den Mietwohnungen zugeschlagen.*



## Wohnungen 1968 und 1987 nach dem Baujahr des Gebäudes

Baujahr des Gebäudes	Gebäude- und Wohnungs- zählung am 25.10.1968 <sup>a</sup>		Gebäude- und Wohnungs- zählung am 25. 5. 1987 <sup>b</sup>		Veränderung 1987 gegenüber 1968	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Bis 1900	178 075	21,4	111 655	10,2	- 66 420	- 37,3
1901 - 1918	107 023	12,8	102 306	9,3	- 4 717	- 4,4
1919 - 1948	132 541	15,9	127 015	11,6	- 5 526	- 4,2
1949 - 1957	} 415 780	} 49,9	145 319	13,3	} - 4 878	} - 1,2
1958 - 1968			265 583	24,2		
1969 - 1978			X	X		
1979 und später	X	X	121 546	11,1	+ 121 546	X
<b>Insgesamt</b>	<b>833 419</b>	<b>100</b>	<b>1 096 213</b>	<b>100</b>	<b>+ 262 794</b>	<b>+ 31,5</b>

a) ohne Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern

b) ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung

Zahl der Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern<sup>1</sup>, wird die Dynamik der Entwicklung offensichtlich. 2 600 Wohnungen plus jene ca. 4 000 bereits genannten, 1968 als sonstige Wohneinheiten gezählte Wohnungen in Wochenend- und Ferienhäusern mit unter 50 qm Wohnfläche bedeuteten einen Anteil an allen Wohnungen von 0,8 %. 1987 lag der Anteil der Freizeitwohnungen dagegen bei 2,5 %.

Mit der Gesamtzahl der Wohnungen stieg auch die Zahl der leerstehenden Wohnungen<sup>2</sup>. Wurden 1968 nur 13 000 Wohnungen als leerstehend gezählt, so lag ihre Zahl 1987 bei 20 000, was einem Anteil von 2 % an allen Wohnungen entspricht. Dieser überproportionale Anstieg (58 %) sollte allerdings nicht überbewertet werden. Als eine der Hauptursachen ist zu vermuten, daß die gewachsene Mobilität der Bevölkerung nicht nur zu häufigeren Umzügen, sondern auch zu einer höheren Mobilitätsreserve an leerstehenden Wohnungen geführt hat.

1) 1968 wurde nicht nach den Freizeitwohneinheiten, sondern nach den Wohneinheiten in Wochenend- und Ferienhäusern gefragt.

2) Mitenthalten sind unter diesem Begriff auch privatrechtlich gemietete Wohnungen von Personen, die bei Volkszählungen nicht auskunftspflichtig sind. Hierzu gehören u. a. Mitglieder ausländischer Streitkräfte und berufskonsularischer Vertretungen. Die Gesamtzahl dieser Wohnungen erreichte in Schleswig-Holstein auf Landesebene keine statistische Bedeutung.

Aus einem Vergleich der Wohnungsbestände von 1968 und 1987 nach dem Baualter lassen sich bemerkenswerte Veränderungen in der Zusammensetzung ablesen. Zwischen 1969 und Mitte 1987 entstanden 344 000 Wohnungen. Sie machten fast ein Drittel des Gesamtbestandes von 1987 aus, wobei zwei von drei dieser Wohnungen in der Zeit von 1969 bis 1978 erbaut waren. Die Zahl der vor 1969 entstandenen Wohnungen verringerte sich gegenüber der Erhebung 1968 um 82 000 oder 10 % auf 752 000 Einheiten. Die weitaus größte Zahl an Wohnungsverlusten ist bei den vor der Jahrhundertwende erstellten Gebäuden festzustellen. Zwischen den Zählungen wurden 66 000 dieser alten Wohnungen abgerissen oder umgewidmet. Demgegenüber sank die Zahl der zwischen 1901 und 1968 erbauten Wohnungen lediglich um 15 000 Einheiten.

Bemerkenswert ist, daß sich 1987 immerhin noch 31 % des Wohnungsbestandes aus der Zeit vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland rekrutierten. 20 % der Wohnungen stammten sogar aus Jahren vor Gründung der Weimarer Republik und wiesen damit von der Bausubstanz her ein Alter von 70 Jahren und mehr auf. Die größte Zahl der 1987 existierenden Wohnungen entstand in den Zeiträumen 1958 bis 1968 (266 000) und 1969 bis 1978 (223 000). In diesen zwei Jahrzehnten haben sich steigender Wohlstand und die starke staatliche Förderung des Häuser- und Wohnungsbaus offenbar besonders stark ausgewirkt.

## Wohnungen 1968 und 1987 nach der Zahl der Räume

Zahl der Räume <sup>1</sup>	Gebäude- und Wohnungs-zählung am 25.10.1968 <sup>1</sup>		Gebäude- und Wohnungs-zählung am 25. 5. 1987 <sup>b</sup>		Zunahme 1987 gegenüber 1968	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1	9 731	1,2	16 984	1,5	7 253	74,5
2	52 287	6,3	55 975	5,1	3 688	7,1
3	228 026	27,4	236 320	21,5	8 294	3,6
4	277 420	33,3	330 252	30,1	52 832	19,0
5	149 085	17,9	237 284	21,6	88 199	59,2
6 und mehr	116 870	14,0	219 398	20,0	102 528	87,7
<b>Insgesamt</b>	<b>833 419</b>	<b>100</b>	<b>1 096 213</b>	<b>100</b>	<b>262 794</b>	<b>31,5</b>

1) alle Räume mit 6 m<sup>2</sup> oder mehr sowie alle Küchen

a) ohne Wohnungen in Wochen- und Ferienhäusern

b) ohne Freizeitwohnungen und ohne Wohnungen in Gebäuden mit vollständiger Wohnheimnutzung

Zwischen 1968 und 1987 ist der Anteil größerer Wohnungen am Gesamtbestand gestiegen. So erhöhte sich die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung von 67,8 qm auf 84,6 qm. Zur Fläche rechnen Wohn- und Schlafräume, Küche, Bad, WC, Flur, Mansarden und ähnliches sowie untervermietete und gewerblich genutzte Räume. Die durchschnittliche Raumzahl nahm von 4,1 auf 4,4 Räume je Wohnung zu. Dabei zählen alle Räume mit 6 qm oder mehr sowie alle Küchen. Eine Zweizimmerwohnung mit Küche zählt beispielsweise als Wohnung mit 3 Räumen. Dieser Anstieg der Durchschnitte von Fläche und Raumzahl ist das Ergebnis eines um 9 Prozentpunkte verringerten Anteils von Wohnungen mit 3 und 4 Räumen bei gleichzeitig stark gewachsenem Anteil von Wohnungen mit 5 und mehr Räumen. Letzterer betrug 1987 42 % und lag damit rund 10 Prozentpunkte höher als 1968. Der Anteil der sehr kleinen Wohnungen, also der mit 1 oder 2 Räumen, blieb mit rund 7 % nahezu konstant. Die relativ meisten Wohnungen hatten 1987 wie auch 1968 4 Räume, nämlich 30 %. Die Betrachtungsweise nach Anteilswerten sollte allerdings nicht überdecken, daß die Absolutzahl der Wohnungen für alle Wohnungsgrößen gestiegen ist.

### Privathaushalte

Als Haushalt zählt jede Person, die allein wohnt und wirtschaftet und jede Personengemeinschaft, die zusammen eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft bildet.

In der Volkszählung 1987 wurden grundsätzlich alle Haushalte in Schleswig-Holstein gezählt, d. h. solche mit mehreren Wohnsitzen entsprechend auch mehrfach. Ausgeschlossen von der Begriffsdefinition der Privathaushalte sind allerdings jene insbesondere in Ferienwohneinheiten wohnhaften Haushalte, bei denen kein erwerbstätiges oder in Ausbildung stehendes Haushaltsmitglied von dort zur Arbeit oder Schule/Hochschule geht und auch kein anderes Haushaltsmitglied dort seinen überwiegenden Aufenthaltsort hat. Anstalten gelten nicht als Privathaushalte, können aber solche im Anstaltsbereich beherbergen. Diese werden von Personen gebildet, die nicht an der Gemeinschaftsverpflegung und sonstigen Gemeinschaftseinrichtungen teilnehmen (z. B. Hausmeister-Ehepaar eines Kinderheimes).

Zum Stichtag 25. Mai 1987 ergab die Volkszählung eine Gesamtzahl von 1,11 Millionen Privathaushalten in Schleswig-Holstein. Dieses Ergebnis bedeutet 196 000 oder gut ein Fünftel mehr Haushalte als bei der Volkszählung 1970. Über die Zunahme der Privathaushalte wurde bereits in Heft 2/1989 dieser Zeitschrift berichtet, damals auch in der Regionalgliederung nach Kreisen.

Bezogen auf die Größe der Privathaushalte (nach der Personenzahl) ist eine deutliche Veränderung gegenüber 1970 auszumachen. Die in Haushalten lebende Bevölkerung nahm um 3 % auf 2,56 Millionen zu, was bei der wesentlich stärkeren Zunahme der Haushaltszahlen dazu führte, daß die durchschnittliche Haus-

## Privathaushalte 1970 und 1987 nach ihrer Größe

Personen im Haushalt	Volkszählung am 27. 5. 1970		Volkszählung am 25. 5. 1987		Veränderung 1987 gegenüber 1970	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Eine	226 809	24,9	371 192	33,5	+ 144 383	+ 63,7
davon						
männlich	58 006	-	136 131	-	+ 78 125	+ 134,7
weiblich	168 803	-	235 061	-	+ 66 258	+ 39,3
Zwei	252 664	27,7	328 141	29,6	+ 75 477	+ 29,9
Drei	173 928	19,1	191 872	17,3	+ 17 944	+ 10,3
Vier	145 031	15,9	152 996	13,8	+ 7 965	+ 5,5
Fünf u. mehr	114 230	12,5	64 207	5,8	- 50 023	- 43,8
<b>Insgesamt</b>	<b>912 662</b>	<b>100</b>	<b>1 108 408</b>	<b>100</b>	<b>+ 195 746</b>	<b>+ 21,4</b>

haltsgröße gesunken ist. Fürs Land beträgt sie nunmehr noch 2,3 Personen im Vergleich zu 2,7 Personen 1970. Ein Blick auf die Haushaltszahlen nach spezifischer Größe zeigt die Entwicklung detaillierter.

Die Zahl der großen Haushalte stieg nur unterdurchschnittlich an (Haushalte mit 3 und 4 Personen) oder sank sogar absolut ab (Haushalte mit 5 und mehr Personen). Demgegenüber legte die Zahl der kleinen Haushalte klar überproportional zu. So stieg die Zahl der Einpersonenhaushalte um 64 %, und die Zahl der Zweipersonenhaushalte erhöhte sich immerhin noch fast halb so stark.

Zu der Zunahme der Einpersonenhaushalte ist zu bemerken, daß sie überwiegend von den Haushalten mit alleinstehenden Männern getragen wurde, deren Zahl sich mehr als verdoppelte. Ihre Gesamtzahl liegt jedoch noch erheblich unter der Zahl der Haushalte, die von allein wirtschaftenden Frauen gebildet wurden.

Gemessen an der Zahl aller Haushalte machten die Ein- und Zweipersonenhaushalte jeweils einen Anteil von ungefähr einem Drittel aus. Das verbleibende Drittel verteilt sich auf die Haushalte mit 3 und mehr Personen. Stark abgenommen hat der Anteil der Haushalte mit 5 und mehr Personen. Hatte 1970 noch gut jeder zehnte Haushalt diese Größe, so galt das 1987 nur noch für ungefähr jeden zwanzigsten Haushalt.

Der deutliche Trend hin zu kleineren Haushaltsgrößen als Ergebnis der Volkszählung hat nicht überrascht. Die Gründe für diesen Trend sind vielfältig, man mag sie in demographische, ökonomische und soziologische unterscheiden. Für die weitere Behandlung des The-

mas Wohnungsversorgung soll diese Entwicklung als gegeben hingenommen und ihre Ursache hier nicht weiter erörtert werden.

Es sollen aber noch weitere Eckzahlen über die Privathaushalte geboten werden, denn zur Frage, wie weit der Trend zur kleineren Haushaltsgröße bereits vorangeschritten ist, bietet die mit der Volkszählung 1987 ermittelte durchschnittliche Haushaltsgröße einen groben Anhalt. Eine Betrachtung nach Gemeindegrößenklassen zeigt, daß je größer die Gemeinde ist, desto kleiner ihre Personenzahl je Haushalt ist. Die Spannweite liegt zwischen 2,8 Personen in den Dörfern mit bis zu 500 Einwohnern und 2,0 Personen in den beiden Großstädten Kiel und Lübeck.

**Privathaushalte und ihre durchschnittliche Personenzahl nach Gemeindegrößenklassen**  
Ergebnisse der Volkszählung am 25. 5. 1987

Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Gemeinden <sup>1</sup>	Privathaushalte	Bevölkerung in Privathaushalten	Durchschnittliche Haushaltsgröße
Bis 500	498	48 406	134 820	2,79
500 - 1 000	297	78 214	214 924	2,75
1 000 - 5 000	248	192 130	500 209	2,60
5 000 - 10 000	41	127 447	300 465	2,36
10 000 - 20 000	27	159 147	370 044	2,33
20 000 - 50 000	13	165 127	356 329	2,16
50 000 - 100 000	3	108 061	233 222	2,16
100 000 und mehr	2	229 876	449 580	1,96
<b>Insgesamt</b>	<b>1 129</b>	<b>1 108 408</b>	<b>2 559 593</b>	<b>2,31</b>

1) ohne die beiden Forstgutsbezirke Sachsenwald und Buchholz

## Bevölkerung in Privathaushalten nach der Haushaltsgröße 1970 und 1987

Personen im Haushalt	Volkszählung am 27.5.1970		Volkszählung am 25.5.1987		Veränderung 1987 gegenüber 1970	
	Einwohner	%	Einwohner	%	Einwohner	%
Eine	226 809	9,1	371 192	14,5	+ 144 383	+ 63,7
davon						
männlich	58 006	-	136 131	-	+ 78 125	+ 134,7
weiblich	168 803	-	235 061	-	+ 66 258	+ 39,3
Zwei	505 328	20,3	656 282	25,6	+ 150 954	+ 29,9
Drei	521 784	21,0	575 616	22,5	+ 53 832	+ 10,3
Vier	580 124	23,3	611 984	23,9	+ 31 860	+ 5,5
Fünf u.mehr	650 429	26,2	344 519	13,5	- 305 910	- 47,0
<b>Insgesamt</b>	<b>2 484 474</b>	<b>100</b>	<b>2 559 593</b>	<b>100</b>	<b>+ 75 119</b>	<b>+ 3,0</b>

Zusammen mit der Aufschlüsselung der Haushaltszahlen nach Haushaltsgröße ergeben sich Erkenntnisse über die Verteilung der in Haushalten lebenden Bevölkerung. Trotz des starken Anstiegs der Einpersonenhaushalte lebten 1987 noch 85 von 100 Personen in Mehrpersonenhaushalten. Die relativ meisten Personen, nämlich 656 000 oder 26 %, wohnten zu zweit. In Haushalten mit 3 bzw. 4 Personen lebten 23 % und 24 % aller Einwohner. Gegenüber 1970 fast halbiert haben sich Zahl und Anteil derjenigen, die in Haushalten mit 5 und mehr Personen wohnten. 1987 waren es nur noch 345 000 oder 14 %.

Jene Haushalte, in denen die Person, die überwiegend zum Lebensunterhalt beiträgt, nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, werden als Ausländerhaushalte gezählt. Sie stellen eine Teilmenge aller Privathaushalte dar. 1987 belief sich ihre Zahl auf 29 000, was einem Anteil an allen Haushalten von 2,6 % bedeutete. 1970 hatte die entsprechende Quote bei 1,7 % gelegen. Auffällig ist, daß bei den Ausländerhaushalten der Anteil der Haushalte mit vier und mehr Personen (30 %) klar höher liegt als bei den Haushalten insgesamt (20 %). Der Anteil der Zweipersonenhaushalte ist dafür entsprechend geringer.

### Ausländerhaushalte am 25. 5. 1987 nach ihrer Größe

Personen im Haushalt	Haushalte	%
Eine	9 333	32,7
Zwei	5 698	19,9
Drei	4 868	17,0
Vier	4 732	16,6
Fünf und mehr	3 954	13,8
<b>Insgesamt</b>	<b>28 585</b>	<b>100</b>

### Gegenüberstellung Wohnungen zu Privathaushalten

In Schleswig-Holstein gab es 1987 ca. 8 000 oder 0,7 % mehr Privathaushalte als Wohnungen. Dieses Ergebnis ergibt sich bei Gegenüberstellung der 1,108 Millionen Privathaushalte und der 1,100 Millionen Wohnungen (ohne Freizeitwohnungen). Auf Ebene der kreisfreien Städte und Kreise weicht die Zahl der Haushalte mit einer Ausnahme ebenfalls nicht wesentlich von der Zahl der Wohnungen ab. Die Ausnahme bildet Kiel, wo es immerhin gut 5 000 oder 4,4 % mehr Haushalte als Wohnungen gibt. Angesichts einer großen Zahl von Studenten-Untermiethaushalten kann diese Differenz nicht überraschen. In den anderen kreisfreien Städten und Kreisen liegt die Abweichung zwischen 0,04 % und 1,6 %, wobei das Vorzeichen allerdings unterschiedlich ist. In Flensburg, Dithmarschen, Nordfriesland, Ostholstein und Steinburg übertrifft die Zahl der Wohnungen die der Haushalte.

Tatsächlich von Haushalten bewohnt waren landesweit 1,08 Millionen Wohnungen; 20 000 Wohnungen standen leer. Somit gab es 28 000 mehr Privathaushalte als bewohnte Wohnungen. Knapp 18 000 dieser Haushalte stellten Untermieterhaushalte dar, der Rest lebte in sonstigen Wohneinheiten.

Ein Vergleich mit den vorangegangenen Zählungen ist erschwert. Da die Zählungstermine der Gebäude- und Wohnungszählung 1968 und der Volkszählung 1970 gut eineinhalb Jahre auseinander lagen, können die ermittelten Zahlen der Wohnungen und Privathaushalte nicht ohne weiteres zusammengeführt werden. Verwendet man das Ergebnis der Wohnungsfortschreibung zum

**Privathaushalte und Wohnungen in den Kreisen  
25. Mai 1987**

Kreisfreie Stadt Kreis	Privat- haus- halte	Wohnungen <sup>1</sup>	Differenz Privathaushalte zu Wohnungen	
			Anzahl	%
FLENSBURG	43 029	43 142	- 113	- 0,3
KIEL	126 668	121 392	+ 5 276	+ 4,4
LÜBECK	103 208	102 008	+ 1 200	+ 1,2
NEUMÜNSTER	36 179	36 011	+ 168	+ 0,5
Dithmarschen	51 482	52 325	- 843	- 1,6
Hzgt. Lauenburg	63 501	63 217	+ 284	+ 0,5
Nordfriesland	62 367	62 393	- 26	- 0,0
Ostholstein	77 899	78 002	- 103	- 0,1
Pinneberg	113 184	112 265	+ 919	+ 0,8
Plön	46 721	46 553	+ 168	+ 0,4
Rendsburg- Eckernförde	97 961	97 456	+ 505	+ 0,5
Schleswig- Flensburg	68 251	68 057	+ 194	+ 0,3
Segeberg	85 502	85 355	+ 147	+ 0,2
Steinburg	51 943	52 732	- 789	- 1,5
Stormarn	80 513	79 846	+ 667	+ 0,8
<b>Schleswig-Holstein</b>	<b>1 108 408</b>	<b>1 100 754</b>	<b>+ 7 654</b>	<b>+ 0,7</b>

1) ohne Freizeitwohnungen

31. 12. 1969 und rechnet man über eine Schätzung die Zahl der Freizeitwohnungen heraus, dann scheint eine Gegenüberstellung auf Landesebene noch sinnvoll. Es standen im Mai 1970 für 913 000 Privathaushalte ca. 860 000 Wohnungen zur Verfügung. Die Zahl der Haushalte überragte also die Zahl der Wohnungen um gut 50 000 oder 6 %. Gemessen an diesem Wert war 1987 die Differenz auf Landesebene stark zusammengeschnitten.

Wie einzeln bereits dargelegt, haben sich Wohnungsgröße und Haushaltsgröße bemerkenswert verschieden entwickelt. Zwischen den letzten beiden Erhebungen ist die durchschnittliche Wohnungsgröße nach Fläche und Raumzahl deutlich gestiegen, während die durchschnittliche Haushaltsgröße abgenommen hat. Berücksichtigt man dabei, daß der Wohnungsbestand stärker zunahm als die Zahl der Haushalte, kann für 1987 von einer räumlich verbesserten Wohnungsverorgung der Haushalte gesprochen werden.

Die Resultate des Zählungsvergleichs sollten allerdings nicht über die aktuellen und zukünftigen Probleme auf

dem Wohnungsmarkt hinwegtäuschen. Die Gebäude- und Wohnungszählung 1987 legte offen, daß staatliche und private Entscheidungsträger bei ihren Planungen von einem um mehr als 60 000 Wohnungen überhöhten Wohnungsbestand ausgingen. Die Wohnraumversorgung stellt sich damit ungünstiger dar als bisher angenommen. Im übrigen treten bei der Globalbetrachtung über alle Wohnungskategorien wie Teilregionen hinweg partielle Marktungleichgewichte, die zu den Thesen von einer „neuen Wohnungsnot“ geführt haben mögen, noch nicht offen zutage. Für die zukünftige Entwicklung des Wohnungsmarktes ist mit weiterhin steigender Nachfrage zu rechnen. Laut Mikrozensus, der jährlichen 1 %-Stichprobe, hat die Zahl der Haushalte in Schleswig-Holstein in den 80er Jahren um etwa 15 000 jährlich zugenommen. Das Heranwachsen der geburtenstarken Jahrgänge in das Alter der Haushaltsgründungen — eine der Ursachen für diese Entwicklung — ist noch nicht abgeschlossen, wie ein Blick auf die Alterspyramide unserer Bevölkerung zeigt. Für eine detaillierte Prognose der Nachfrage nach Wohnraum sind aber außer der demographischen auch andere Komponenten ins Kalkül einzubeziehen.

Demgegenüber ist auf der Angebotsseite noch nicht mit einem entsprechenden Anwachsen des Wohnungsbestandes zu rechnen. Die Zahl der Baugenehmigungen als Indikator für den kurz- bis mittelfristig zu erwartenden Wohnungsneubau verharrte in den letzten vier Jahren bei unter 10 000 jährlich. Die Zahl der Abgänge vom Wohnungsbestand lag jeweils um 500.

Die Gegenüberstellung der globalen Wohnungs- und Haushaltszahlen kann nur ein sehr grobes Abbild über die Wohnungsverorgung der Bevölkerung liefern. Über die genannten Eckzahlen hinaus wird bei der Aufbereitung der Gebäude- und Wohnungszählung noch eine Vielzahl von Ergebnissen zur Struktur des Wohnraumbestandes erstellt. In nächster Zeit sind hier Daten zu Ausstattung, Beheizung, Lage, Gebäude- und Wohnungsgröße, Miete, Wohndichte und Haushaltszusammensetzung zu erwarten. Diese Informationen werden dann wesentlich detailliertere Analysen zur Thematik dieses Aufsatzes ermöglichen.

*Olaf Petersen*

# Kurzbericht

## Das Bruttoinlandsprodukt 1988

Die konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik Deutschland war 1988 günstig, sie ist es den bisher vorliegenden Indikatoren und Prognosen zufolge auch 1989. Das wirtschaftliche Wachstum, gemessen als Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1980 gegenüber dem Vorjahr, lag 1988 zwischen drei und vier Prozent. Einer ersten, noch auf einer unvollständigen Monatszeitreihe beruhenden Berechnung zufolge, die das Statistische Bundesamt wie üblich bereits Anfang Januar vorgelegt hatte, waren es 3,4 % gewesen. In einer zweiten, im März vorgelegten und alle Monatswerte der Konjunkturstatistiken einbeziehenden Berechnung wurde der Bundeswert auf 3,5 % korrigiert.

Für Schleswig-Holstein hatte die erste Runde der Berechnung von Ergebnissen für die Bundesländer ein Wachstum von 2,3 % ergeben. Nunmehr liegen auch für die Länder die Zahlen der zweiten Berechnungsrunde vor, also diejenigen unter Einschluß auch der Monatswerte Oktober, November und Dezember. Danach fällt das Wirtschaftswachstum auch im Lande mit 2,6 % etwas günstiger aus als nach erster Berechnung. Für Bund wie Land sind allerdings auch die zweiten Berechnungen noch nicht die endgültigen, weil für die genauere Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts weitere Daten nötig sind, aber noch nicht vorliegen und daher zunächst nur geschätzt werden können.

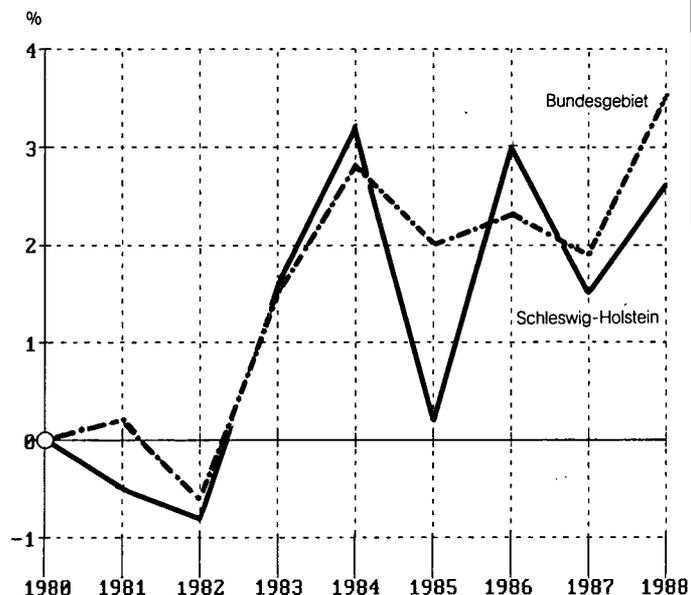
Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Summe aller Güter und Dienste, die in den Arbeitsstätten einer Volkswirtschaft im Laufe eines Zeitraumes erzeugt worden sind. Was das Land anbetrifft, sind also die Arbeitsleistungen der vielen nach Hamburg auspendelnden Berufstätigen nicht enthalten, umgekehrt aber zählen Güter und Dienste, die von Nicht-Gebietsansässigen hierzulande erbracht/erzeugt worden sind, zum Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins.

Das Bruttoinlandsprodukt des Bundes ist 1988 so stark gewachsen wie seit 1979 nicht mehr. In Schleswig-Holstein muß man, weil das Ergebnis von 1988 nicht ganz so gut ausgefallen ist, auch nur bis 1984 zurückgehen, um mit 3,2 % eine noch höhere Zuwachsrate zu finden. Diese allerdings unterlag dem Sondereinfluß, daß das Kernkraftwerk Krümmel ans Netz gegangen war. Aber auch ohne Energiebereich gerechnet, wäre der relative Zuwachs mit 2,7 % etwas höher gewesen als 1988.

D 5756 Stat. LA S-H

## Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in %

— in Preisen von 1980; 1986 bis 1988 vorläufige Werte —

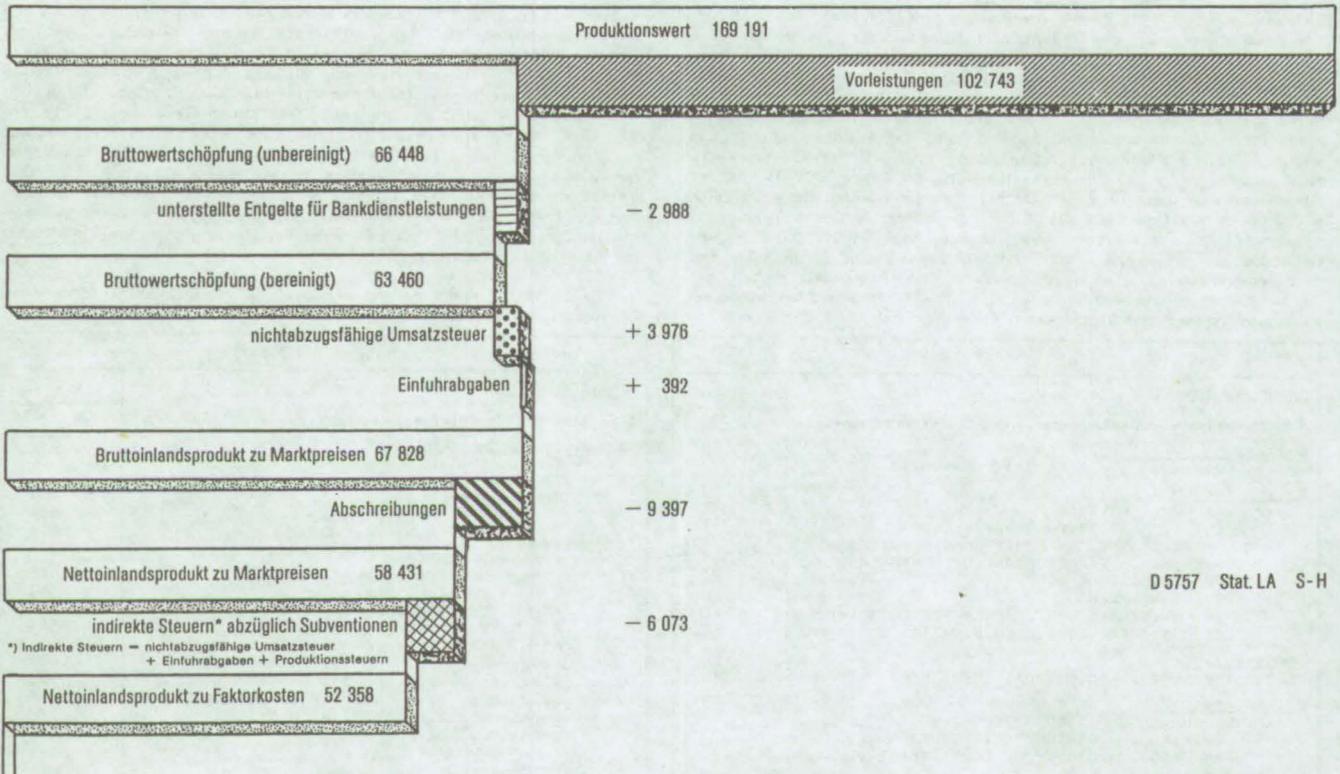


Die für 1984 vorgenommene Rechnung mit einem um einen Wirtschaftszweig verminderten BIP ist eigentlich nicht zulässig, denn das BIP als ganzes ist nicht in Wirtschaftsbereiche zerlegbar. Will man die Entwicklung einzelner Zweige der Wirtschaft betrachten, muß man statt des BIP das Merkmal Bruttowertschöpfung verwenden. BIP und Bruttowertschöpfung unterscheiden sich um Einfuhrabgaben und nichtabzugsfähige, also letztlich ans Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer. Auch die sog. „unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen“ können nur als Totalposten aller Wirtschaftsbereiche in Ansatz gebracht werden. Die Grafik soll diese Zusammenhänge verdeutlichen. Sie ist im Maßstab der Zahlen von 1986 gezeichnet, weil die Berechnung für 1988 noch nicht alle Komponenten abdeckt. Nur die unbereinigte, also um die unterstellten Entgelte für Bankdienstleistungen überhöhte Bruttowertschöpfung kann auch für einzelne Bereiche der Wirtschaft geboten werden.

Danach war die günstige wirtschaftliche Entwicklung 1988 im Bund wie im Land zum einen auf deutliche Zunahmen der Wertschöpfung im produzierenden Gewerbe zurückzuführen. Der Bund weist hier ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 4,0 % aus, das Land

# Inlandsprodukt in Schleswig-Holstein 1986

in Millionen DM, jeweilige Preise



D 5757 Stat. LA S-H

kommt trotz leichten Rückgangs der Produktion in der Energiewirtschaft und unterdurchschnittlichen Zuwachses im Baugewerbe immerhin noch auf 2,1 %.

Der Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei hat im Bund (6,3 %) wie im Land (5,7 %) zwar die deutlich höchsten relativen Zuwächse, hat aber mittlerweile nur noch geringe Bedeutung. Im Bundesgebiet entfielen darauf 2,2 % der Bruttowertschöpfung, im Land waren es immerhin noch 5,2 %.

Die übrigen Bereiche Handel und Verkehr, Dienstleistungsunternehmen und Staat sind nicht so konjunktur reagibel. Nicht zuletzt deshalb gibt es auch für sie keine so aktuellen und detaillierten statisti-

schen Ergebnisse wie für den produzierenden Bereich. Hier vor allem stecken auch noch die obengenannten Schätzanteile. Immerhin läßt sich sagen, daß der Staat — also die Gebietskörperschaften und die Sozialversicherung — ihre Wertschöpfung im Bundesdurchschnitt um 1,4 % und im Land allein um 1,6 % gesteigert haben und Handel und Verkehr zusammen genommen um etwas über 3 % zugelegt haben (Bund 3,3 %, Land 3,1 %). Bei den Dienstleistungsunternehmen war die Bruttowertschöpfung 1988 im Bundesgebiet um 4,0 % größer als im Jahr zuvor, in Schleswig-Holstein fiel auch hier das Plus mit 3,4 % etwas geringer aus.

Bernd Struck

## Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“. Zahlen in ( ) haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl      s = geschätzte Zahl  
 r = berichtigte Zahl    D = Durchschnitt  
 Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:  
 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts  
 - = nichts vorhanden  
 . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten  
 / = Zahlenwert nicht sicher genug  
 X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll  
 ... = Angabe fällt später an

# Aus unserem Archiv

## Der öffentliche Haushalt (Provinzialverband, Land)

### Haushaltsrechnung der Provinzialverwaltung für Schleswig-Holstein im Rechnungsjahr 1929

Die staatliche Neuordnung, die 1918 begann, ließ die Provinzialordnung in ihren meisten Bestimmungen bestehen. Das Recht der Selbstverwaltung wurde sowohl durch die Weimarer Verfassung von 1919 (Art. 127) als auch durch die Preuß. Verfassung von 1920 (Art. 72) bestätigt. Die Zusammensetzung des Provinziallandtags änderte sich jedoch durch die Einführung der allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahl nach dem Grundsatz der Verhältniswahl auch für diese Körperschaft. Sehr weitgehende Änderungen erfuhr das Provinzial-Steuerrecht durch die Reichsfinanzreform vom Jahre 1920 und die dazu erlassenen zahlreichen Abänderungs- und Ausführungsgesetze (hier sei nur das wichtige Reichs-Finanz-Ausgleich-Gesetz vom 23. 6. 1923 erwähnt). Nach der Miquel'schen Finanzgesetzgebung der Jahre 1891/93 und der Kreis- und Provinzial-Abgaben-Ordnung von 1906 waren die wichtigsten preußischen Staatssteuern die Einkommensteuer und die Vermögensteuer (Ergänzungssteuer), während die Realsteuern (Grund- und Gebäudesteuer, Gewerbe- und Betriebssteuer) den Gemeinden und Gemeindeverbänden überlassen waren. Die Provinzen waren zur Deckung ihres Finanzbedarfs berechtigt, direkte Steuern (Zuschläge auf Einkommensteuer und Realsteuern) über die Stadt- und Landkreise zu

erheben. Durch die Reichsfinanzreform wurden Einkommen- und Vermögensteuer Reichssteuern. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden wurde das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer genommen; dafür wurden sie an dem nunmehr dem Land Preußen zufließenden Anteil der Reichseinkommen- und Reichskörperschaftsteuer beteiligt. Das dem Land Preußen zustehende Aufkommen an Kraftfahrzeugsteuer wurde den Provinzen für die Unterhaltung der Straßen zugewiesen; diese Steuer wurde eine wichtige Einnahmequelle für die Provinz. Auch die Provinzialsteuer erhielt eine neue gesetzliche Grundlage (1921); sie war auch künftig als Provinzialabgabe nach bestimmtem Schlüssel auf die Stadt- und Landkreise zu verteilen. Ferner wurden die Bestimmungen der bisherigen Dotationsgesetze von 1875 und 1902 über Höhe und Verteilung der Dotationen aufgehoben. Anstelle der festen Zuweisungsbeträge traten ab 1924 veränderliche (vom Anteil Preußens an der Reichseinkommen- und Reichskörperschaftsteuer abhängige) Dotationen zur Erfüllung bestimmter Aufgaben.

Der Kreis Hztg. Lauenburg und der Inselkreis Helgoland gehörten dem Provinzialverband auch weiterhin nicht an.

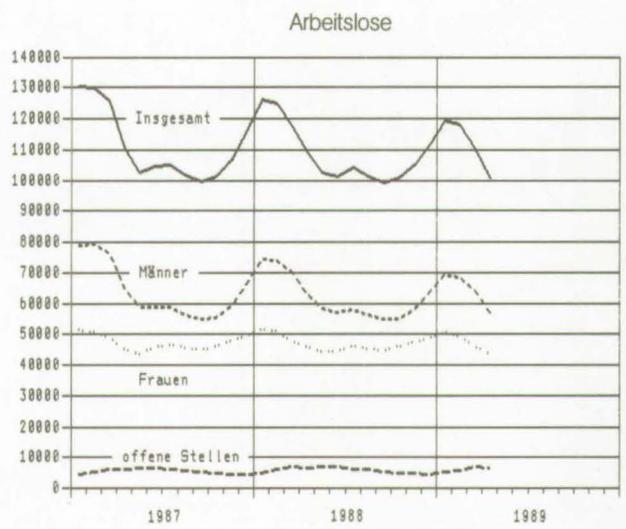
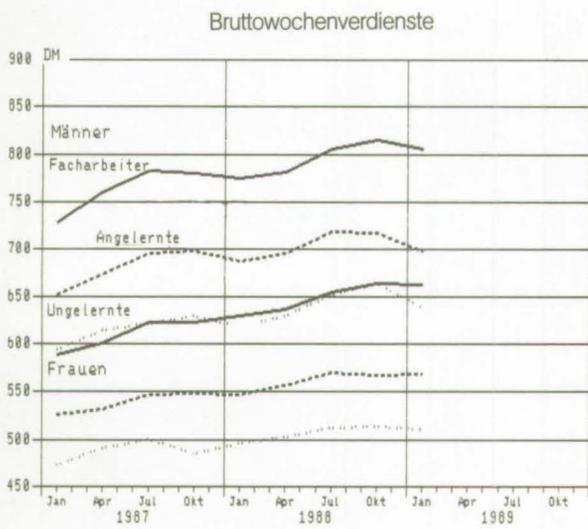
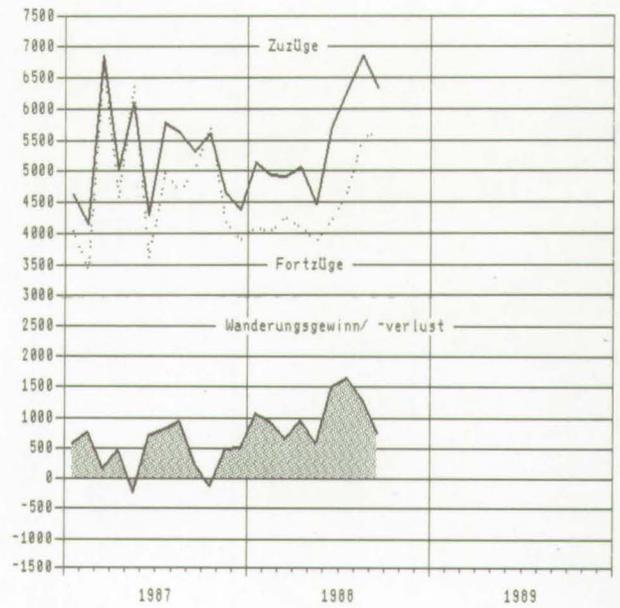
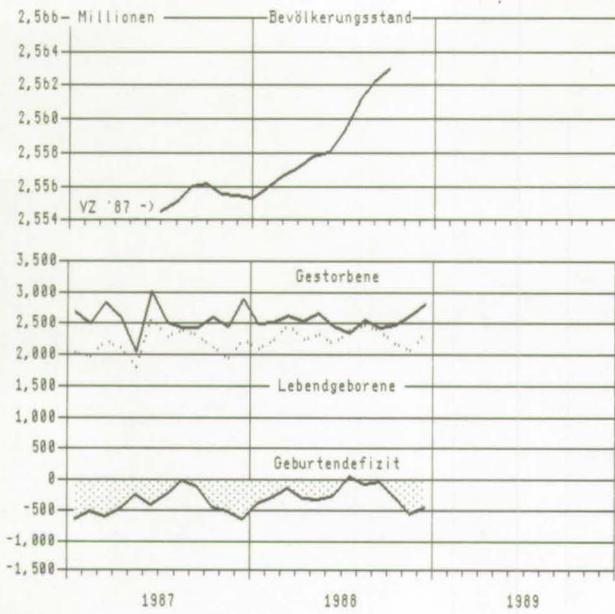
Einnahmen (Ist)	
	1 000 RM
<b>Ordentlicher Haushalt</b>	
<b>A. Fortdauernde u. einmalige Einnahmen der einzelnen Verwaltungszweige</b>	15 996
<u>Allgemeine Verwaltung</u>	179
dar. Beiträge zu den Verwaltungskosten	173
<u>Verkehrswesen</u>	366
dar. Wegebauverwaltung	247
(u. a. Anliegerbeiträge)	
Unterstützung des Kreis- und Gemeinde- wegebau (Vergütungen für Übernahme der Bauleitung u. a.)	82
Kleinbahnwesen	
(u. a. Zinsen und Tilgung von Darlehen)	28
Zuschüsse für bestimmte Fluglinien	8
<u>Landeskultur</u>	
(Staatsbeiträge, Landesforstverwaltung)	115
<u>Volkswirtschaft</u>	75
dar. Wohnungs- und Siedlungswesen	
(Zinsen und Gewinnbeteiligung)	32
See-Unfallversicherung (Kreisanteil)	41
<u>Wohlfahrtspflege</u>	15 237
dar. Öffentliche (Pflicht-) Fürsorge	7 614
dar. Ordentliche Fürsorge für	
Landhilfsbedürftige	49
Landesarbeitsanstalt Glückstadt	203
Fürsorge für Geistesranke, Epileptische usw. (Erstattungen nach der Verordnung vom 17. 4. 1924 1))	2 685
Landesheilanstalten 2))	4 288
Taubstumm- und Blindenanstalt 3))	198
Erstattungen in der Krüppelfürsorge	191
Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge (Zusatzrenten, durchlaufend)	6 579
Fürsorgeerziehung Minderjähriger (Gesetz von 1922)	1 033
dar. Zuschuß des Staates	916
<u>Kunst, Wissenschaft u. andere gemeinnützige Zwecke</u>	23
<u>B. Finanzverwaltung 4)</u>	17 881
dar. Vermögensverwaltung	526
dar. Anteil am Gewinn eines Kieswerkes	225
Anteil am Gewinn der Landesbank	175
Allgemeine Zuweisungen (Dotationen)	3 512
Steuern	11 328
dar. Reichseinkommensteueranteile	1 526
Reichskörperschaftsteueranteile	199
Reichskraftfahrzeugsteueranteile	4 009
Provinzialsteuer	5 583
Schuldenverwaltung (u. a. Anteile anderer Verwaltungszweige an den Zinsen und Tilgungen für Anleihen)	2 514
Zusammen	33 877
<b>Außerordentlicher Haushalt</b>	
davon Anleihen	-633
Verkauf von Einrichtungsgegenständen des Schlosses Heiligenstedten	6
Mittel der wertschaffenden Erwerbslosen- fürsorge (Provinzial-Moorgut Dellstedt)	19
Zusammen	658
<b>Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt insgesamt</b>	<b>34 536</b>

Ausgaben (Ist)	
	1 000 RM
<b>Ordentlicher Haushalt</b>	
<b>A. Fortdauernde u. einmalige Ausgaben der einzelnen Verwaltungszweige</b>	32 748
<u>Allgemeine Verwaltung</u>	747
dar. Provinziallandtag	56
Provinzialausschuß	20
Hauptverwaltung	671
dar. Personalkosten	476
<u>Verkehrswesen</u>	9 316
dar. Wegebauverwaltung	8 455
dar. Hauptverwaltung	88
Örtliche Verwaltung	351
Unterhaltung der Provinzialstraßen	6 339
Verzinsung u. Tilgung der Anleihen	1 584
Förderung des Kreis- und Gemeinde- wegebau (u. a. Beihilfen)	684
Kleinbahnwesen (Zinsen, Darlehen)	120
Flugwesen (u. a. Anteile an den Betriebs- kosten bestimmter Fluglinien)	43
Landesplanung	1
<u>Landeskultur</u>	
(Beihilfen, Zinsen und Tilgungen)	676
<u>Volkswirtschaft</u>	887
dar. Förderung der Landwirtschaft (Schulwesen u. a.)	153
Wohnungs- und Siedlungswesen (Verzinsung und Tilgung von Anleihen)	249
See-Unfallversicherung (Beiträge)	80
<u>Wohlfahrtspflege</u>	20 332
dar. Allg. Kosten des Landeswohlfahrtsamtes	241
Öffentliche (Pflicht-) Fürsorge	11 420
dar. Ordentliche Fürsorge für	
Landhilfsbedürftige	1 179
Landesarbeitsanstalt Glückstadt	332
Fürsorge für Geistesranke, Epileptische, Taubstumme und Blinde (Pflegegelder usw.)	3 724
Landesheilanstalten 2)	5 229
Taubstumm- und Blindenanstalt 3))	641
Krüppelfürsorge	312
Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge (Zusatzrenten, durchlaufend)	6 579
Fürsorgeerziehung Minderjähriger (Gesetz von 1922)	1 584
<u>Kunst, Wissenschaft u. andere gemeinnützige Zwecke</u>	789
<u>B. Finanzverwaltung</u>	3 018
dar. Schuldenverwaltung (Zinsen und Tilgungen)	2 969
Zusammen	35 765
<b>Außerordentlicher Haushalt</b>	
davon Straßenwesen	2 504
dav. für Kleinpflaster und -material	2 157
Übereignung von Provinzialstraßen an Gemeinden	347
Erweiterungsbauten und Verbesserungs- arbeiten bei den Heilanstalten	405
Bodenverbesserungen	120
Herstellung von provinzeigenen Wohnungen	93
Kosten der Anleihe	14
Zusammen	3 136
<b>Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt insgesamt</b>	<b>38 902</b>

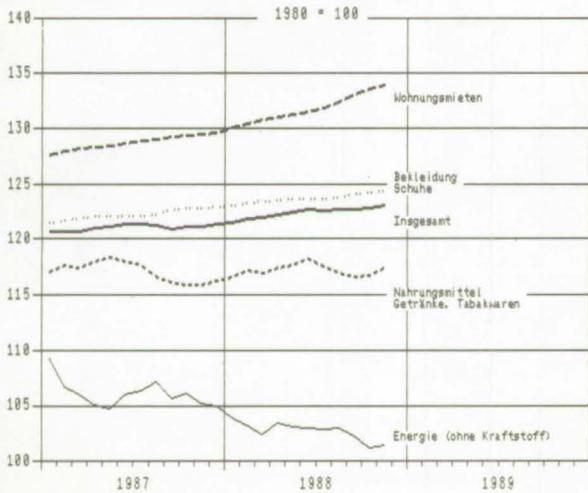
1) Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Febr. 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 100)  
 2) in Schleswig-Stadtfeld, Schleswig-Hesterberg (für Jugendliche), Neustadt in Holstein 3) Landesblindenanstalt Kiel  
 und Landes-Taubstummenanstalt Schleswig 4) Kassenbestand am Schluß des Rechnungsjahres 1928 = 1,4 Millionen RM  
 QUELLEN: "Bericht des Provinzialausschusses über die Ergebnisse der Provinzialverwaltung im Rechnungsjahr 1929" (Kiel, 3. 3. 1931) an den Schleswig-Holsteinischen  
 Provinziallandtag - 72. Tagung; in "Verhandlungen nebst Anlagen des Schleswig-Holsteinischen Provinziallandtages - 72. Tagung - vom 24. bis 26. März 1931"  
 ferner: Bachmann, Cito, Geschichte der schleswig-holsteinischen Provinzialverwaltung 1867 bis 1927 (Kiel 1933, als Manuskript vervielfältigt)

# Entwicklung im Bild

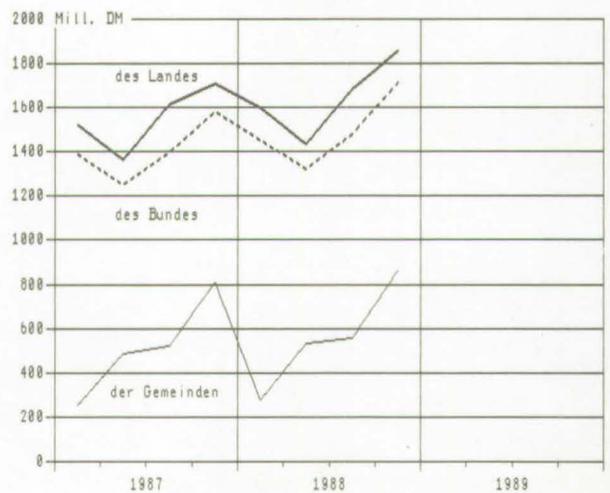
## Bevölkerungsstand und -veränderung



## Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



## Steuereinnahmen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 689 50  
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck  
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700  
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -